

## Die alexandrinischen Dikaionmata.

Die Graeca Halensis, ein Kreis von sieben Gelehrten, deren Namen guten Klang in der deutschen philologisch-historischen Forschung an griechischen Altertum haben, bescherten den rechtsgeschichtlichen Studien am griechischen Recht die wichtigste Quelle, die ihnen seit Jahren aus dem Zuwachs neuen Materiales entsprang.<sup>1)</sup> Wer bisher griechisches Recht aus den Urkunden zu erkennen strebte, empfand es bitter, daß die Massenhaftigkeit des ägyptischen Materiales in keinem Verhältnisse zu der bescheidenen Summe des neuen Wissens stand, das die Papyri uns für die Kenntnis der positiven Sätze des griechischen Rechtes vermittelten. Es war gewißlich ein gewaltiges Erlebnis für diese Forschung, daß die Papyri griechische Vertragsurkunden in nie gehoffter Fülle, Material zu einem Prozeßrecht der Ptolemäer lieferten, welches im 3. Jahrhundert v. Chr. wesentlich verwandte Züge mit dem attischen Recht und dem Recht der ionischen Seebundstaaten aufwies. Aber so wenig es möglich wäre, heute aus den modernen Rechtsurkunden in rückschließender Darstellung ein Bild von den Sätzen unseres geltenden Rechtes zu geben, so deutlich war es, daß wir bisher fast nichts vom positiven Recht der griechischen Ordnung wußten, welche im Niltal eingezogen war. Bisher hatten die Papyri der Forschung nach griechischen Rechtssätzen ungleich weniger geboten, als die Epigraphik, deren Funde uns gerade in den letzten Jahren wieder mit köstlichen neuen Erkenntnissen beschenkten und in allernächster Zeit vom Boden Milets neue Schätze fördern werden. Nur vereinzelt hatte einmal ein Fragment wie Lille 29 oder ein glücklicher Rückschluß, wie er aus den hellenistischen Geschäftsformen der Grundstücksveräußerung und der Freilassung möglich ist, uns ahnen lassen, wie viel griechisches Recht in Ägypten in ganz ähnlicher Fassung galt wie in der Gesetzgebung Athens. Da wirft der Zufall uns jetzt einen neuen Fund, der zu neuer Hoffnung Mut gibt, in die Hand. Es ist die wichtigste Sammlung griechischer Rechtssätze seit dem Funde von Gortyn. Während

---

1) Dikaionmata, Auszüge aus alexandrinischen Gesetzen und Verordnungen, in einem Papyrus des philologischen Seminars der Universität Halle, herausgegeben von der Graeca Halensis. Berlin 1913.

in jenen kretischen Tafeln griechisches Recht auf einer älteren Stufe, vor der Glanzzeit attischer Beredsamkeit, vorliegt, sind die neuen Fragmente aus alexandrinischen Rechtsaufzeichnungen deswegen von besonderem Werte, weil sie eine Brücke von Athen zum ptolemäischen und römischen Ägypten hinüber schlagen und uns beweisen, daß wir Recht hatten, das Prozeßrecht des 3. Jahrhunderts aus dem attischen heraus zu verstehen, die griechischen Urkunden Ägyptens mit den Martyria der attischen Gerichtsreden zu vergleichen. Die Gemeinsamkeit des griechischen juristischen Denkens ist jetzt für die Zeit des Alexanderzuges und für die folgenden Jahrhunderte exakt nachweisbar. Es ist dieselbe Gesetzessprache, wenn auch noch in zahlreichen Punkten die Mannigfaltigkeit der alten in den Dialekten sich niederschlagenden lokalen Rechtssprachen unverkennbar bleibt. Es ist dieselbe juristische Technik, die Gleichheit der Rechtsinstitute. Daß gewisse nicht unerhebliche Verschiedenheiten hervortreten, welche die Rechtssätze in ihrer positiven Gestaltung unterscheiden, ändert an der durchhaltenden Einheit nichts. Soweit der neue Text urteilen läßt, sind die Verschiedenheiten nicht größer als diejenigen, welche am Ende des 19. Jahrhunderts zwischen den Rechtsordnungen bestanden, die auf dem Code civil fußen. So wird durch den neuen Fund das attische Recht auch für die bisher wesentlich romanistischen Erforscher der juristischen Urkunden eine erhöhte wissenschaftliche Anziehungskraft erhalten. Und vielleicht wird der Forschung am attischen Material gerade durch diesen Fund manches neue Problem gestellt, manche Beobachtung vertieft. Für den Historiker Athens hat die neue Forschung am ägyptischen Material dadurch ihre besondere Bedeutung, daß wir jetzt erst Gesichtspunkte erhalten, um die Höhe attischer Kulturentwicklung gerade in der Ausbildung der Rechtsordnung schärfer einzuschätzen. Der Zufall hat es so gefügt, daß wir in Punkten, in denen nach Aristoteles die demokratische Verfassung Athens eigenartige juristische Bildungen geschaffen hatte, neues Material erhalten, das durch den Gegensatz zur attischen Rechtsgestaltung uns den richtigen Standpunkt zur Würdigung der eigenartigen Kulturhöhe des athenischen Staates schafft. Es ist kein Zufall, daß in Attika der Bürger niemals mit dem Leib Gegenstand der Zwangsvollstreckung aus obligatorischer Forderung eines privaten Gläubigers sein kann. Das war noch im 2. Jahrhundert v. Chr. außerhalb Attikas vielfach anders. Da war der Schuldner dem Gläubiger auf Grund des Urteils dem Zugriff verfallen (*ἀνώγμιος*), und auch in Alexandrien zeigt der Papyrus von Halle hinter der Vermögenshaftung subsidiär noch die Personalexekution (l. 117—120). Und ebenso steht die Behandlung der frivolen Unrechttat (Hybris) nach attischem Recht weit über dem Niveau, das uns für Alexandrien erkennbar ist: in Attika bricht der Frevler die

Friedensordnung und steht die Klage gegen den Verletzer jedem Bürger zu. Auch die unrechte Tat gegen den Sklaven fällt unter die Hybris, gegen welche die Popularklage statthaft ist. Beides war dem alexandrinischen Recht (Herausgeber S. 109) fremd, wie es für zahlreiche andere griechische Rechte auch fremd gewesen sein muß. Was dem alten Staatsphilosophen nur als eine der erdemokratischen Einrichtungen des alten Athens erschien, ist für den modernen Juristen ein Gradmesser für die Schnelligkeit der Entwicklung und die Höhe einer Rechtskultur, die es verdient, klassisch zu heißen.

## I.

Dikaïomata nennen die Herausgeber die Fragmentensammlung alexandrinischen Rechtes, weil nach ihrer Meinung diese Gesetzesbestimmungen vom Büro eines Rechtsanwaltes (*συνήγορος*) zusammengestellt waren, um als Beweisurkunden (*δικαιώματα*) vor Gericht verwertet zu werden. Dikaïomata, begründende Rechtssätze im Sinne der Lexikographen<sup>1)</sup> sind es jedenfalls. Aber von den Herausgebern ist damit an die Parteiakten (*δικαιώματα*) angeknüpft, welche nach ptolemäischem Prozeßrechte wie nach attischem und überhaupt nach griechischem Recht dem Gericht zur Verfügung gestellt werden, damit an der Hand der aktenmäßigen Beweisstücke (*πίστεις*<sup>2)</sup>, *δικαιώματα*<sup>3)</sup>, *γράμματα*<sup>4)</sup>) und auf Grund der Rednerplaidoyers (*δικαιολογία*) das Gericht seine Meinung darüber bildet, welcher Partei die angetretenen Beweise gelungen sind. Zu den „Beweisstücken“ gehört nach griechischen Rechten allgemein wie übrigens auch nach der griechischen Rhetorentheorie der Römer<sup>5)</sup> der Rechtssatz, auf den sich die Partei beruft, ebenso gut wie die Vertragsurkunden oder die ergangenen Urteile in älteren Prozessen oder wie die schriftlich vorgelegten Zeugenaussagen, aus denen argumentiert wird. Solche Prozeßakten soll der Helleniser Papyrus enthalten: Mit guter Argumentation gewinnen die Herausgeber (S. 31) das Ergebnis, daß jedenfalls zu besonderem Zweck gemachte Auszüge von Rechtsquellen vorliegen und daß diese Gesetzesparagraphe

1) Suidas s. v. *δικαιώματα*.

2) Dem. or. 28, 23 or. 30, 25. Arist. rhet. 1, 15 Anaxim. Ars rhet. (Spengel rhet. gr. 1, 2 p. 88 c 36) Anonym. Ars rhet. (Spengel) p. 371 ff. § 143 ff.

3) Bei den Attikern vgl. Isok. Archid. p. 121 a (§ 25). Thuk. 1, 41; auch Arist. fr. 569 p. 1571 b 32, 34.

4) Ditt. Syll. 929, 41 f., Magnesia als Schiedsrichter zwischen Itanos und Hierapytna beurkundet, daß es gesprochen habe: *ὡς τὰ παρατεθέντα ἡμῖν περὶ τούτων γράμματα περιεῖχεν*.

5) Rhet. ad Her. 2, 13, 19—20. Cic. de inv. rhet. 2, 22, 65—68. *νόμους παραχέσθαι* nennt der griechische Anwalt dieses Einreichen der Gesetzesparagraphe. Anaxim. rhet. (rhet. gr. min. Spengel I, 89) c. 36.

sich wahrscheinlich auf verschiedene Prozesse bezogen. Die Herausgeber meinen, daß die mehreren Schreiber, die auf dem Amt die Kopie der Rechtsquellen zu machen hatten, aus dem ihnen vorliegenden Gesetzbuche sogleich für mehrere Prozesse die passenden Paragraphen auszogen; so hätten die Konzepte für die Dikaionmata verschiedener Prozesse zunächst durcheinander gestanden, wie wir es in unserem Papyrus beobachten. Erst bei Anfertigung der dem Gericht zu übergebenden Reinschriften seien wohl die zusammengehörigen Texte zusammengeschrieben worden. Das ist immerhin eine nicht unmögliche Vermutung. Aber wenn wir sie auch nur unter Vorbehalt anderer Möglichkeiten wagen, müssen wir uns bewußt sein, daß wir schon im Gebiet der unverbindlichen Hypothese gelandet sind. Wir wissen heute noch nichts von alexandrinischen Rechtsanwaltsbüros der streitigen Gerichtsbarkeit. Bei den Herausgebern unterscheidet sich der hellenistische Rechtsanwalt nicht wesentlich von dem „Rechtsanwalt und Notar“ der modernen norddeutschen Praxis, der im Büro mit mehreren Schreibern und einem Bürovorstand arbeitet, notarielle Urkunden aufnimmt und Prozeßpraxis treibt. Das ist sehr deutlich, wenn sie mit Schlüssen aus den vertraglichen Synchoreis-Urkunden arbeiten<sup>1)</sup>, um sich den Betrieb eines *συνήγορος* verständlich zu machen. Die Geschichte der Rechtsanwaltschaft lehrt, daß diese Vorstellung für das gesamte hellenistische Altertum ein Anachronismus ist. Der Rhetor kann seinen Beruf geschäftsmäßig betreiben. Aber er ist nur Plädieranwalt wie der französische *avocat* oder wie der englische *barrister*. Er ist wesentlich Redner. Die geschäftliche Behandlung des Prozesses liegt gar nicht in seiner Hand. Daher ist mir auch die Hypothese der Herausgeber keineswegs wahrscheinlich. Und es stimmt auch das Aussehen des Hallenser Papyrus gar nicht zu den „Prozeßakten“. Jeder mit Parteiakten arbeitende Prozeß müßte es gerade vermieden haben, die Rechtssätze für mehrere Prozesse in kunterbuntem Durcheinander auf dasselbe Blatt schreiben zu lassen. Wenn man im „Anwaltsbüro“ Dikaionmata im Sinne der Herausgeber anlegte, mußten notwendig die einschlägigen Rechtssätze für jeden Fall mit den Spezialakten, den Eingaben an den König, den Klagschriften (*ἐγκλήματα*), Ladungen, Zeugenaussagen, Vertragsurkunden, Eidesprotokollen, mit den schriftlich eingereichten Resumés<sup>2)</sup>, zusammenliegen, da sonst

1) Vom Rechtsanwalt sprach schon Schubart, Arch. V, 45 und, doch wohl nur ablehnend, Mitteis, Grundz. 66. Von dem ptolemäischen *Pragmatikos* sprach man noch nicht.

2) Es sind die „Schriftsätze“, wie die deutsche, die *conclusions*, wie die westschweizerische Praxis sagt, ebenso wie sonst im griechischen Prozesse (vgl. Ditt. Syll. 929 l. 32: *ἐνγράφους θέμειναι τὰς γνώμας*. So wird auch im Ptolemäerprozeß des 3. Jahrh. der *γραπτὸς λόγος* eingereicht, so in P. Petrie (Mitteis, Chrest. 21 l. 38). Auch das umfangreiche Protokoll im Hermiasprozesse setzt wohl auch

ein geordneter Geschäftsgang nicht zu erreichen ist, ein besonderes Abschreiben nur der Rechtssätze allein aber eine nicht zu verstehende Mehrarbeit gewesen wäre. Die Herausgeber glauben, daß eine erste Abschrift der Rechtssätze sehr wohl zur Vorbereitung der künftigen Akten erfolgt sein könnte. Aber wer einmal mit Prozeßakten gearbeitet hat, wird es ganz unglaublich finden, daß man zusammenschreibt, ja zusammenklebt, was sachlich nicht eng zusammengehört. Auch die umfangreiche Mehrarbeit, die durch Schreiben und Abschreiben entsteht, macht die These der Herausgeber wenig wahrscheinlich. Von den Parteiakten findet sich nichts auf dem P. Hal. 1, was den Herausgebern selbst mit gutem Grunde schon auffiel (S. 28). Ich halte es für wahrscheinlicher, daß bei der Zusammenstellung nicht an die Parteiakten gedacht war, die dem Gericht eingereicht werden, sondern etwa an die juristische Instruktion des Anwalts, welche der *πραγματικός* ihm vermittelt. Oder vielmehr könnte auch an die Gesetzestexte gedacht sein, die der *πραγματικός* an den Gerichtsverhandlungen nach hellenistischem Prozeßrecht verliest.<sup>1)</sup> Der griechische Prozeß kennt ja wahrscheinlich schon in der Zeit der attischen Redner<sup>2)</sup>, jedenfalls aber im ganzen Hellenismus den bezahlten solicitor, der dem plädierenden Anwalt als oft verachteter subalternen Gehilfe zur Seite steht und der eigentliche juristische Techniker auf der Seite der Parteien ist.

Solche Pragmatikoi, die wohl von den ebenso genannten Ptolemäischen Beamten<sup>3)</sup> zu scheiden sind, vermag ich bisher in den Papyri allerdings noch nicht nachzuweisen. Aber gefehlt haben sie sicherlich nicht. Sie gelten ja den Römern als gemeingriechische Institution . . . . apud Graecos infimi homines mercedula conducti ministros se praebent in iudiciis oratoribus, ei qui apud illos *πραγματικοί* vocantur.<sup>4)</sup> Daß diese Pragmatikoi dem Anwalte gerade die Rechtsfragen beurteilten und die Rechts-

---

solche Schriftsätze, in denen die Parteien ihre Rechtsausführungen und Tatsachenvürdigung niederlegen, voraus.

1) Daß diese zu privaten Zwecken gemachte kladdenartige Zusammenstellung der Rechtssätze danach auf diesem Wege doch Dikaionomata im Sinne der Herausgeber sein könnten, ist insofern nicht wahrscheinlich, als nichts beweist, daß vor Gericht nur aus den deponierten Akten, welche die Gesetzesstellen enthielten, vorgelesen wurde. Im Hermiasprozeß scheint auch nicht der Redner selbst vorzulesen, vergl. 1, 25: *παραναγνωσθείσης* . . Daß in Attika eine Verlesung durch den Gerichtsschreiber nachweisbar ist, darüber vergl. Herausgeber S. 33.

2) Ich weiß nicht, ob schon in Attika der Pragmatikos nachweisbar ist.

3) P. Tob. 58, 18 (anno 111 a. c.) inscr. 103 C bei Strack, *Dynastie* p. 259, vgl. auch die Herausgeber P. Paris p. 165.

4) Cic. de or. 1, 198, die übrigen Nachweise vgl. bei Jörs, *Rechtswissenschaft* 1, 242 f. N. 3.

sätze zusammenstellten, ist nach den Rhetoren sicher.<sup>1)</sup> Der Rhetor ist kein Mann mit originaler großer Rechtskenntnis; ihm muß der Stoff aufbereitet werden: *Hastas ministrare, tela subministrare* nannte man es im Jargon des römischen Barreaus.<sup>2)</sup> Haben wir vielleicht eine solche Nachweisung vor uns, die mehrere Pragmatikoi dem Anwalt gegeben hatten, um ihn für das Auftreten in mehreren Sachen an einem Gerichtstage vorzubereiten? Oder waren hier die Gesetzesstellen zusammengeschrieben, damit derselbe Vorleser die Fragmente auf Anruf des Redners vorlas? Dann ist es klar, warum die Auszüge aus den Rechtsquellen zu 12 verschiedenen Komplexen juristischer Fragen zusammenstehen, wie es die Herausgeber durchaus treffend ausführen (S. 30 f.). Die ganze Reihe der an einem Gerichtstage behandelten Sachen könnte sich in P. Hal. spiegeln.

## II.

Auf die Frage, welche Rechtsquellen in den Auszügen des P. Hal. 1 herangezogen sind, haben die Herausgeber eine eingehende Antwort gegeben. In den meisten Punkten kann hier die juristische Forschung ihre Ergebnisse schlechthin akzeptieren und sich freudig belehrt bekennen. Es handelt sich einerseits um eine griechische Rechtsordnung, die als Gesetzesrecht von Alexandria erkannt wird: das folgt mit Sicherheit aus dem Text von Kol. VI. VII. X 219—221 Kol. XI, und darnach wird es als wahrscheinlich auch für Kol. II—III, Kol. V, 115—123. Kol. VIII, 186—192. IX, X 214—218 und 222—233, angenommen (p. 35). Andererseits sind Verordnungen des Königs (*προστάγματα, ἐπιστολαί*, und in Erwähnungen *διαγράμματα*) nachweisbar.

Der bedeutende Wert des neuen Fundes beruht in der Überlieferung von wichtigen Bestimmungen des Stadtrechts von Alexandrien.

Die Herausgeber vertreten die Anschauung, daß dieses Stadtrecht der Politikos Nomos von Alexandrien ist. Der Abschnitt Z. 81—114

1) Glossare übersetzen daher den Pragmatikos mit *rerum expertus, forensis*, vgl. die Anspielung des Libanios auf die alte gute Zeit des hellenistischen Advokatenbetriebes, or. 2 (*πρ. τ. βαρ. ἀντ. καλ.*), § 44 R. 186. Auch bei den Rhetoren ist dies klar, vgl. Quintil. inst. or. 12, 3, 3—4. 3, 6, 59 ... *Graeci pragmatikouς vocant iuris interpretes*. Vgl. auch die Bezeichnung der „juristischen“ Frage als *negotialis et iudicialis* bei Cic. de inv. rhet. 2, 21, 62. C. Jul. Victor ars rhet. (Halm, rhet. lat. min. cap. III. p. 379). Bei Quintil. decl. 299 *πραγματική* = *juris quaestiones*. Weil der Pragmatikos die Rechtsfrage vom Standpunkte des Sachwalters sieht, der sich fragt, welches künftig die richtige prozessuale Behandlung der Sache sein wird, nennt Hermogenes die *πραγματική* die *ἀμφισβήτησις περὶ πράγματος μέλλοντος*, Hermog. π. τ. στάσεων, διατρ. im Gegensatz zur *δικαιολογία*, dem status juridicialis.

2) Cic. Top. 65. Quint. inst. or. 12, 3, 4.

trägt die Überschrift: ἐκ τοῦ πολιτικοῦ νόμου. Daraus folgt allerdings, daß Alexandria seinen πολιτικὸς νόμος gehabt hat, und diese Folgerung ist um so sicherer, als wir sehen, wie vielleicht dieser πολιτικὸς νόμος Vorschriften zur Garantie der persönlichen Freiheit der Alexandriner enthielt, X, 219 f.<sup>1)</sup> Durch diese Feststellung wird allerdings der Gedanke ausgeschlossen, daß Alexandria etwa unter einer ihm mit den Griechen Ägyptens gemeinsamen Rechtsordnung stand. Aber ein solcher Gedanke ist ja wohl bisher auch nicht ausgesprochen worden.<sup>2)</sup> Dagegen weiß ich nicht, ob die Herausgeber mit ihrer Behauptung Recht haben: „Materiell ist damit (d. h. mit dem Ausdruck πολιτικὸς νόμος in der Inschrift von Medeon) dasselbe gemeint, wie wenn in anderen Fällen auf τῆς πόλεως νόμοι hingewiesen wird (vgl. Ditt. Or. gr. n. 229, 39. 331, 2. 437, 61). Die Gesamtheit dieser νόμοι τῆς πόλεως macht eben τὸν πολιτικὸν νόμον aus.“ Es soll erwiesen sein, daß Schubart das πολιτικὸς mit Recht als „städtisch“ gefaßt hat und dieses Wort hier nicht etwa mit „bürgerlich“ zu übersetzen ist, was sprachlich auch denkbar sei. Ich glaube nach wie vor (Arch. 5, 455) nicht an diese These und traue hier dem zweifellosen Sprachgebrauch der Steinurkunden und dem Sprachempfinden von Ed. Schwartz mehr als den trügerischen Anhaltspunkten, die sich bisher für die Herausgeber aus den ägyptischen Urkunden ergeben. Allerdings, hätten wir nichts als die wenigen Stellen auf Papyrus, so könnte man ruhig glauben, daß der Ausdruck πολιτικὸς νόμος das „Stadtrecht“ bedeutet, ebenso wie die πολιτικὴ γῆ bei Dionys von Halikarnaß der römische ager publicus ist. Aber so sicher aus der schiefen Übersetzung eines römischen Historikers, dessen Unfähigkeit zu juristischem Denken satksam feststeht, nichts gefolgert werden kann, so klar scheint es mir, daß der Terminus πολιτικὸς νόμος für die griechische Rechtsquellenlehre doch ganz anderes bedeuten muß als einen Namen für die gesamte Rechtsordnung der Stadt. Gerade wenn es jetzt klar ist, daß diese alexandrinische Rechtssprache sehr viel mit der attischen gemein hat, ist es zwingend, für Alexandrien dasselbe anzunehmen, was für Athen gut bezeugt ist, ohne daß die Herausgeber dieses Zeugnis erwähnen. Hesych: ν. ἀστικοὶ νόμοι οἱ κατὰ τὴν Ἀθηναίων πόλιν ἦσαν γὰρ καὶ ἐμπορικοί. Und andererseits ist in demselben Lexikon ἀστικῶν mit πολιτικῶν paraphrasiert. Aus dieser und den an anderer Stelle (Arch. 5, 455 f.) nachgewiesenen

1) Allerdings steht nicht fest, daß dieser Abschnitt aus dem Nomos Politikos selbst stammt. Vgl. Herausgeber S. 34. Aber ich sehe keinen Grund, diesen Passus anderswo unterzubringen, zumal die Beziehung auf alexandrinisches Gesetzesrecht doch jedenfalls unbestreitbar ist.

2) Vgl. die Übersicht über die älteren Deutungen der ptolemäischen πολιτικοὶ νόμοι Herausgeber S. 37.

Quellen folgt eben, daß der πολιτικός νόμος die allgemeine Bürgersatzung war, im Gegensatz zum Kaufmannsrecht (ἐμπορικὸς νόμος) oder dem Gesetz für Gastprozesse (προξενικὸς νόμος), das natürlich in Alexandrien nicht gefehlt haben kann, im Gegensatz ferner zum Beamtenrecht der einzelnen Magistraturen oder etwa im Gegensatz zu besonderen sakralen Ordnungen, wie sie nach Platos Weisung (Leg. XII p. 959 E) außerhalb des πολιτικός νόμος bleiben sollen, im Gegensatz endlich zu den nicht auf die alexandrinischen Bürger gehenden Ordnungen, wie etwa dem ägyptischen Landrecht. Der ἀστυνομικός νόμος ist ja in l. 237 auch erwähnt. Bei Plato findet sich eine Gruppierung der verschiedenen Fälle der Hybris: die gegen die Volks- oder Phylenheiligtümer fehlen, die gegen Privatheiligtümer und Gräber, die gegen Eltern, die gegen die Archonten, endlich die Hybris, die gegen die Bürgerehre, das πολιτικόν eines einzelnen Bürgers gerichtet ist (Plato, Leg. X p. 885 A); entsprechend kann der πολιτικός νόμος für Plato auch schlechthin nur das Bürgerliche Recht sein. Wenn die Herausgeber die lex civitatis, das Stadtrecht der einzelnen Stadt in D. 50, 4, 18, 27, mit dem πολιτικός νόμος vergleichen, so erscheint mir dies als ein Irrtum. Die richtige Übersetzung ist ius civile, und die gesamte antike Terminologie, solange Griechen vom römischen ius civile als dem für die Bürger bestimmten Recht reden, stimmt nur dazu.<sup>1)</sup> Es ist meines Erachtens nicht glücklich, für einen Terminus der griechischen Gesetzessprache überhaupt nach ganz verschiedenen Bedeutungen zu suchen; wer griechisches Recht kennt, mißtraut dem bequemen Schlagwort, daß die griechische Rechtssprache nicht die exakte Präzision der römischen habe.

Bei den Herausgebern fehlt ihrer Auffassung des Begriffs πολιτικός νόμος entsprechend die wohl gefährliche Behauptung nicht, daß der πολιτικός νόμος Alexandriens nicht nur die Alexandriner, sondern alle Bewohner Alexandriens treffen will. Der Jurist wird diese Behauptung mit Skepsis aufnehmen. Bisher glaubten wir doch für den antiken Gemeindegemeinschaft ganz anderes. Es ist heute noch die feste Lehre, daß sich das bürgerliche Gesetz des griechischen Staates nur an die Bürger wendet.<sup>2)</sup> Dieser

1) Herm. Montepess. Corp. gloss. lat. 3, 336, 43: δίκαιον πολιτικόν iustum civile. Fr. Ps. Dosith, Corp. gloss. lat. 3, 49, 20. Theophil. ad. inst. 1, 21 Corp. gloss. lat. 2, 376, 59. — 2, 94, 57. Bei Modestin D. 27, 1, 2, 6. — 27, 1, 6, 3. — 27, 1, 8, 3. — 27, 1, 13, 12 ist πολιτικὴ λειτουργία das munus civile.

2) Die herrschende Lehre der Romanisten vgl. bei Wlassak, Röm. Prozeßgesetz 2, 126 f. Für den griechischen Staat vgl. Hermann-Talheim, Rechtsaltertümer S. 4 f. Daß man ursprünglich den Bürger geradezu definiert als denjenigen, der an der inländischen Rechtsordnung Teil hat, zeigt Arist. Polit. 3, 13 p. 1275 a 8. Die staatsrechtlich korrekte Definition wird dort von dem Philosophen verworfen, weil er beobachtet hat, daß praktisch auch Nichtbürger am Rechtsschutz



Grundsatz ist genau ebenso wie in Rom praktisch durchbrochen dadurch, daß kraft der Institution der Fremden-Gerichtsbarkeit der Rechtsschutz auch Nichtbürgern zuteil wird und damit auch das inländische Recht vielfach auf Nichtbürger angewendet wird. Es ist eben unerträglich, daß der Metök oder der ξένος sich nicht freiwillig der Rechtsordnung fügt, auch wenn sie für ihn kraft der Theorie der Rechtsquelle keine bindenden Vorschriften enthält. Als praktischer Rechtszustand ist es ganz richtig für Rom wie für Athen, daß der νόμος sei: „des Staats gemeine Satzung, der alle sich fügen müssen, die in der Stadt wohnen.“<sup>1)</sup>

Aber was für den politischen Historiker wie für den antiken Staatsphilosophen eine Tatsache ist, die Behandlung auch der Staatsfremden nach Analogie der inländischen Gesetze, das kann für die Rechtsquellen-theorie nichts daran ändern, daß grundsätzlich das Stadtrecht nur für die Bürger Normen enthält. Der Gesetzeswortlaut wendet sich nur an diese. Daß es in Alexandrien anders gewesen sei, ist durch P. Hal. 1 nicht bewiesen. Kol. X spricht mit seinem Verbot der Versklavung von Freien nur von den Ἀλεξανδρεῖς, das Gesetz über den Grundstückskauf spricht nur von τις als Erwerber, und es ist doch sicher, daß sich das nur auf Bürger bezieht, da der Nichtbürger nach griechischem Recht nur dann die ἔγκτησις γῆς καὶ οἰκίας hat, wenn er sie verliehen erhält. Man könnte darauf hinweisen wollen, daß ja die Zugehörigkeit dieser Sätze zum Politikos Nomos nicht streng erweislich ist (oben S. 40, Anm. 1). Aber da sicher alexandrinisches Recht vorliegt, genügen diese Sätze doch als Beweis dafür, daß auch im alexandrinischen Recht wie überhaupt im griechischen Recht strenges Personalitätsprinzip gilt.

Aber wenn auch der πολιτικός νόμος mir nicht als Alexandriens Stadtrecht schlechthin, sondern als Bürgersatzung der Alexandriner erscheint, ist damit noch nichts an der Auffassung geändert, welche die Herausgeber von dem Verhältnis des alexandrinischen πολιτικός νόμος zu den πολιτικοὶ νόμοι haben, die in den Urkunden in dem offenen Lande erwähnt werden. Wenn die alexandrinische Bürgersatzung eine umfassende Ordnung für den gesamten Rechtsstoff war, nach welchem die Rechtsverhältnisse des alexandrinischen Bürgers beurteilt werden, dann wird wahrscheinlich, was

---

Teil haben. v. Wilamowitz hat diese Rechtsauffassung, daß die Bürgersatzung sich immer nur an die Bürger wendet, öfters verkannt (vgl. Hermes 22, 227 und noch Staat und Gesellschaft p. 40). Der Fremde klagt aber gar nicht im Bürgerprozeß. Gerade das widerlegt die Anschauung, daß er unter der inländischen Rechtsordnung steht. Vgl. gut Hitzig, Zeitschrift d. Sav. St. 28, 212 f. Der Gedanke, daß die ganze Welt ein Rechtsgebiet sei und daß alle Menschen Rechtsgenossen des Inlandes seien, ist immer die Chimäre der Philosophen geblieben.

1) Dem. or. 25, 16, zitiert bei Marc. D. 1, 3, 2.

Schubart schon vermutet hatte und die Herausgeber bestätigt finden (S. 37), daß auch die anderen Griechenstädte Ägyptens ihren πολιτικός νόμος haben. Was daneben für die sonstige hellenistische Bevölkerung galt, ist noch völlig dunkel. Die Herausgeber meinen, sowohl in P. Petrie 21g wie in P. Tor. 1, VII, 9 hätten die πολιτικοὶ νόμοι auf die Parteien gar nicht Anwendung finden können, sondern sie seien im ersten Fall nur in einem Zitat über die subsidiäre Geltung der πολιτικοὶ νόμοι hinter den διαγράμματα erwähnt, im P. Tor. dagegen nur vergleichsweise herangezogen worden. Beides kann zur Not aus diesen Stellen herausgelesen werden, ist aber recht unwahrscheinlich. Schon aus sachlichen Gründen ist es zu vermuten, daß für die hellenistischen Ägypter, die nicht Gemeinden angehörten, auch für die Juden, ein oder mehrere πολιτικοὶ νόμοι praktisch in Anwendung waren. Denn wenn überhaupt auf die πολιτικοὶ νόμοι zur Ergänzung der διαγράμματα verwiesen wurde, ist es doch selbstverständlich, daß diese letzteren kein vollständiges System des in Ägypten geltenden auf griechische Untertanen anwendbaren Privatrechts enthielten. So glaube ich, daß im wesentlichen Schubart ganz richtig sah, als er meinte, hellenistische Rechtssatzungen hätten auch für die Griechen in der χώρα gegolten. Seine These, daß diese Satzungen mit den alten Truppenverbänden zusammenhängen, ist mir allerdings höchst unwahrscheinlich. Man könnte einwenden, daß diese Griechen auf dem flachen Lande doch keine Politai seien, daß also auf sie nicht die griechischen „Bürgersatzungen“ Anwendung finden konnten. Der Gedanke wäre unrichtig; was oben ausgeführt wurde, gilt nur für die Interpretation des Textes der politikoi nomoi. Für die praktische Rechtsanwendung zeigt sowohl das Beispiel der prätorischen Praxis bei der Diebstahlsklage gegen den Nichtbürger wie besonders die in Sizilien nachweisbare<sup>1)</sup> Anwendung der Gesetze auf Nichtbürger, daß es in der Technik der hellenistischen Gesetzgebung sehr einfache Mittel gab, um die griechischen Untertanen unter die Herrschaft eines Gesetzes zu stellen, unter dessen Wortlaut sie nicht fielen: vielleicht finden wir nächstens eine königliche Verordnung, die nicht anders vorgeht als der P. Lille 29, nach dem ja der Sklave durch gesetzliche Fiktion als Freier behandelt wird, damit man ihn im Prozeß belangen kann.

Für das Zustandekommen solcher πολιτικοὶ νόμοι wird von den Herausgebern (S. 42f.) sehr interessant auf die Rechtsbewidmung von Theos und Lebedos verwiesen (Ditt. Syll. Nr. 177). Gerade der Vorgang, daß dort vom König provisorisch die Gesetze von Kos eingeführt werden, gibt auch einen Fingerzeig, wie der πολιτικός νόμος, dem die hellenistischen Griechen m. E. unterstanden haben müßten, auf diese anwendbar geworden sein

1) Vgl. meine Schriftformel im Provinzialprozesse S. 103 zu Cic. Verr.<sup>2</sup> II, 12, 31.

kann. Auch ein anderes Argument kann in dieselbe Richtung deuten: die Königlichen *διαγράμματα* gehen den *πολιτικοὶ νόμοι* vor: vgl. P. Petrie 21g und P. Lille 29, I 9f. Das ist ohne weiteres verständlich, wenn eben die *πολιτικοὶ νόμοι* selbst durch Königliche Verordnungsgewalt eingeführt wurden. Die hellenistischen Fürsten hätten danach Städten und Personengruppen die griechischen Stadtrechte verliehen, nicht anders als die Fürsten des deutschen Mittelalters den von ihnen neugegründeten Städten vielfach ein längst bewährtes Stadtrecht verleihen.

Zu den Königlichen *διαγράμματα*, die wir schon aus den Inschriften des ptolemäischen Herrschaftsbereiches auf den Inseln, sowie durch die Papyri kennen, ist das Material zusammengestellt. Am schwersten wird ihre Abgrenzung gegenüber den *προστάγματα* sein, den Edikten des Königs und der anderen Beamten, die von den Herausgebern nachgewiesen werden. Daneben haben die Herausgeber die *ἐντολαί* als ptolemäische Rechtsquelle neu beobachtet (S. 44) und Wilcken weist mich auf Wilck. Chrest. Nr. 301. 309, 10 hin. Gerade wie die Mandata der spätrömischen und byzantinischen Rechtsordnung enthalten diese *ἐντολαί* anscheinend Instruktionen an eine Klasse der Beamtschaft. Waren es etwa auch Instruktionen, die der König oder höhere Beamte den Untergebenen gaben, weil diese kraft ihrer Ernennung eine Königliche Vollmacht zur Amtsführung hatten und in ihrer Vollmacht beschränkt werden konnten? — Der Gedanke ist dringend, wenn wir jetzt Wilckens neue Lesung zu P. Grenf II 37, 7 hören, wo von einem Beamten gesagt wird, daß er seine Bestallung vorgezeigt hat: *ὁ τὴν ἐντολὴν ἐπιδεικνύς*. Als Rechtsquellen treten die *ἐντολαί* übrigens auch bei Suidas v. *δικαιώματα* auf, *νόμος, ἐντολαί, κλήματα*.

Wer diese Mannigfaltigkeit der Rechtsquellen des ptolemäischen Königsrechtes überblickt, denkt unwillkürlich an das Nebeneinander der edicta, mandata, epistolae in der Kaiserlichen Rechtsquellentheorie des Prinzipates. Man wird sich hüten, vorzeitig Nachbildungen zu behaupten. Aber wenn man einmal erkannt hat, daß auch das Reskriptenwesen des Prinzipates seine Vorgänger im Diadochenstaate findet, wird man wenigstens die Frage im Auge behalten dürfen, ob vielleicht die römischen Rechtsquellen der Kaiserzeit in ihren Typen der verschiedenen kaiserlichen Rechtsquellen ihre geschichtlichen Vorbilder nicht auch außerhalb des republikanischen Roms gehabt haben. Schon im 1. Jahrh. v. Chr. übersetzte die römische Senatskanzlei die mandata des Senates<sup>1)</sup> an die Provinzialstatthalter mit *ἐντολαί*.<sup>2)</sup>

1) Krüger, Quellen 169, meine Schriftformel S. 56.

2) Sc. de Stratonicensibus Ditt. Or. gr. inscr. 441, 59.

Die einzelnen Fragmente der Rechtsquellen auf P. Hal. seien jetzt folgender Reihenfolge besprochen:

Privatrechtliches: Kol. IV, V, VIII, 186f., IX, X, 219—221, XI, 242f.

Prozeßrechtliches: Kol. II, III, V, 120f., VI, X, 214—218, 222—232, XI, 234—241.

Verwaltungsrecht: Kol. VI, VII, VIII.

## Die Privatrechtssätze.

### III. Das Nachbarrecht (Kol. IV, V).

Die Herausgeber halten es für wahrscheinlich, daß die sämtlichen hier überlieferten Sätze aus dem πολιτικός νόμος von Alexandrien stammen. Das ist möglich, aber immerhin nicht sicher. Wenn, wie oben vermutet, der πολιτικός νόμος nur die allgemeine bürgerrechtliche Satzung von Alexandrien war, könnte die Überschrift in l. 106f. τοῦ π[ ] sehr wohl eine Überschrift sein, welche dem ἐκ τοῦ πολιτικοῦ νόμου in l. 79 entsprach. Das ist um so dringender wahrscheinlich, als unter dieser Überschrift ebenso wie in l. 79 erst die sachliche Überschrift τάφρω[ν τμήσεως καὶ ἀνακαθάρσεως] folgt, ebenso wie in l. 81f. die sachliche Überschrift des Kapitels aus dem πολιτικός νόμος zitiert wird. Diese sachlichen Rubriken stehen hier ebenso wie im Astynomengesetz von Pergamon (Ditt. Or. gr. inscr. II 483) im Genetiv (vgl. Herausg. S. 45). Das sachliche Argument führt m. E. auf denselben Gedanken. Denn es handelt sich in jenem Absatz um eine besondere Flurgemeinschaft, welche den Anliegern eines Grundstückes gemeinsame Lasten zur Neuanlage eines Wassergrabens auferlegt. Die Herausgeber unterschätzen dieses Moment, wenn sie diese Bestimmung als Satz des allgemeinen Nachbarrechtes auffassen. Andererseits ist es seltsam, daß vor dem Passus τοῦ π[ ] das ἐκ fehlt, das in l. 79 steht. Sollte es am Ende von l. 105 gestanden haben? Oder sollte es nicht einfach in dem Schnörkel stehen, der nach der guten Phototypie mir so aussieht? Stand hier vielleicht: [ἐκ] τοῦ γε[ωργικοῦ νόμου]? Ich legte diese Fragen Wilcken vor, der beide Vermutungen für absolut ausgeschlossen erklärt.<sup>1)</sup> Wissowa hat auf Wilckens Bitte noch einmal die Lesung nachgeprüft und hält an der Lesung der Herausgeber fest. Ich berichte über diesen Versuch nur, weil mir nach wie vor die Deutung der Herausgeber (S. 66) höchst unwahrscheinlich erscheint: es soll ein besonderer Abschnitt des Politikos No-

1) [Die Möglichkeit, daß ἐκ am Ende von Z. 105 gestanden hätte, wird durch die Raumdisposition des Papyrus, im besonderen durch die Ausrückung von Z. 106 ausgeschlossen. Der „Schnörkel“ aber ist eine Koronis, vor einer Paragraphos.

D. Red.]

mos zitiert gewesen sein. Meines Erachtens darf man nur an ein Gegenstück zum Zitat des *πολιτικός νόμος* denken.

Sachlich enthalten die Bestimmungen: 1. die Vorschriften über den Abstand von Pflanzungen, Bauten und Gruben vom Nachbargrundstück, 2. die Vorschrift über das Verfahren bei *operis novi nuntiatio*, 3. die Vorschriften über die gemeinsame Anlage eines Wassergrabens und Ausschwemmung eines Grabens.

1. Von besonderem Reiz sind die Vorschriften über den Abstand von Anlagen von der Grenze. Der *πολιτικός νόμος* Alexandriens enthielt hier in guter alter attischer Sprache (Herausgeber S. 68), mit einer kleinen Abänderung dasselbe Gesetz, das Gaius als solonisch in D. 10, 1, 13 zitiert, nur mit einer leichten Umarbeitung, die mit den Bedürfnissen der Großstadt Alexandrien zusammenhängt. Für das attische Gesetz kommt dabei quellenkritisch ein interessantes Ergebnis heraus: *ἐάν τις αἰμασίαν παρ' ἀλλοτρίῳ ὀρύγη, τὸν ὄρον μὴ παραβαίνειν*, heißt es bei Gaius; in P. Hal. 1: „[Ἐάν τι]ς ὀφρύγην παρὰ ἀλλότριον χω[ρίον οἱ]κοδομηῇ, τὸν [ὄρον μὴ] π[α]ρα<β>αίνεται. — αἰμασία ist die Feldsteinmauer oder der Steinhäufen, ὀφρύγη dagegen muß, wie die Herausgeber treffend ausführen, ein Erdwall sein. Die Herausgeber meinen, das sinnlose Wort *ορύγη*, das schon die Byzantiner emendierten (schol. ad Bas. 58, 9, 13 *ορύττη*), sei ein Glossem, das in leicht entstellter Form in den Text geraten sei und das Verbum *οικοδομεῖν* oder *χωρύνειν* von seinem Platze vertrieben habe. *ὀφρύγη* ist gar nicht attisch. Danach wäre *ὀφρύγη* in P. Hal. 1 eine alexandrinische Interpolation statt *αἰμασία*. Ich habe gegen diese Annahme Bedenken, weiß aber nichts Befriedigenderes derzeit an die Stelle zu setzen: es sieht doch, wie die Herausgeber selbst bemerken, so aus, daß im rätselhaften *ορύγη* nichts weiter als *ὀφρύγη* steckt. Sollte es nur ein Zufall sein, daß dieses literarische Glossem und jene Interpolation so ähnlich ausfielen? Jedenfalls geht es nicht an, wie ich zuerst vermutete, die beiden Worte *αἰμασία* und *ὀφρύγη* im Texte bei Solon zu vermuten. Mein Kollege W. Aly weist mir die Stelle bei Aeneas Tact. Comm. 2, 2 nach, wo eben aus der *αἰμασία* Erde geholt wird, so daß der Gedanke *αἰμασία* als Steinhäufen, Steinwall, *ὀφρύγη* als Erdhaufen zu fassen, unhaltbar ist.

Jedenfalls ist es für den Juristen wichtig, daß hier das alte solonische Recht in Alexandrien in attischem Idiom mit einer unbedeutenden sachlichen Interpolation auftritt: nach solonischem Rechte soll der, der längs dem fremden Grundstück seinen Steinwall aufwirft, die Grenze nicht überschreiten. Eine gefestigte aufgemauerte Wand soll einen Fuß von der Grenze wegbleiben, ein Haus zwei Fuß. Dieser Rechtszustand gilt für das solonische Athen allgemein, er gilt für Alexandrien nur für das Land, außerhalb der Stadt: *ἐκτὸς τοῦ ἄστεως*, im *προάστιον* (Heraus-

geber S. 70), innerhalb der Stadt gilt anderes, ohne daß die Regel deutlich ist; die Stelle ist zerstört. Die Herausgeber meinen, der Anfang von Zeile 96<sup>1)</sup> hätte eine Bedingung formuliert, durch deren Erfüllung der Bauende das Recht zum Anbau erwarb, sei es, daß er dem Nachbar eine bestimmte Summe zu zahlen habe, sei es, daß er ihm für etwaige aus der Grenzberührung erwachsende Schäden in bestimmter Höhe Sicherheit zu leisten hatte. Das ist unwahrscheinlich, da nichts andeuten kann, daß der Eigentümer der Mauer des schon stehenden Hauses verpflichtet gewesen sei, anbauen zu lassen. In der Astynomeninschrift von Pergamon heißt es ausdrücklich: auf gemeinschaftliche Mauern bauen (*ἐποικοδομῆσαι*) dürfe man nur mit Zustimmung der Miteigentümer. Ich meine, es hieß: der Bauende soll bitten heranbauen zu dürfen, indem er dann die Kosten des Anbaus und die Unterhaltungskosten der hinfort gemeinsamen Mauer mittrüge.<sup>2)</sup> Daß das Gesetz diese Kostenpflicht besonders betonte und nicht der freien Vereinbarung überließ, würde sich aus der öffentlich-rechtlichen Pflicht des Maueranliegers erklären, die für Pergamon bezeugt ist und auch in Alexandrien kaum gefehlt haben kann: wenn die Mauer schadhaft wird, können die Anlieger beide zur Reparatur oder zum Beitrag gezwungen werden, vgl. Dittenberger, inscr. gr. Or. 483, l. 106f. Bei dem ganzen Verhältnis ist es interessant zu beobachten, daß, wenn ich richtig ergänze, die Mauer als Miteigentum der Anlieger aufgefaßt wird, gerade wie es in Pergamon sicher ist, und nach code civil Art. 665f. es als herrschende Meinung galt.<sup>3)</sup>

Rechtsgeschichtlich gibt der Passus in P. Hal. 1 den Herausgebern zu der Bemerkung Anlaß (S. 67 A. 2), daß dasselbe Nachbarrecht durch die D. 10, 1, 13 für die Zwölftafeln belegt und wohl aus dem griechischen Recht rezipiert sei. Das erstere ist wohl unrichtig, das letztere mir sehr bedenklich; denn Gaius hat nachweislich recht unkritisch solonisches und römisches Recht verglichen, und die viel erläuterte Rechtsrezeption im römischen Landrecht ist m. E. unwahrscheinlich und jedenfalls unbeweisbar. Es ist für die vorliegende Frage vielmehr sicher, daß die Zwölftafelregel gerade nicht auf den Abstand von der Grenze, der doch bei Solon zweifellos Ausschlag gab<sup>4)</sup>, sondern nur auf den Abstand von Haus zu Haus abhob: 2 $\frac{1}{2}$  Fuß sollte der Zwischenraum von Bau zu Bau sein

1) *ἐὰν δ' ἐντὸς τοῦ ἄστεως οἰκοδομηῖ . . . σ]θω [ . . . ] τῶν ἀναλισκομένων ἢ ἀπολείπῃ τὸ ἥμισυ ὧν γέγραπται [ἀπολείπειν τοὺς ἕξω τοῦ] ἄστεως οἰκοδομοῦντας.*

2) Also: *ἐὰν δ' ἐντὸς τοῦ ἄστεως οἰκοδομηῖ αἰτεῖσθω | [παροικοδομῆσαι μετὰ στήσεων] τῶν ἀναλισκομένων.*

3) Kohler, Ges. Abh. 1, 167ff. Puchelt's Zeitschr. 8, 130.

4) Das ist sicher: *τὸν ὄρον μὴ παραβαίνετω — πόδα ἀπολείπῃ* und l. 99.

vgl. Varro l. l. 5, 22, Festus ep. p. 5, p. 16, Maecian ass. distr. p. 46.<sup>1)</sup> Das ist erheblich weniger als bei Solon. Aber mehr als die Entlehnungshypothese, — die ja sehr bedenklich ist, weil dort, wo nicht wortgleich dieselben Bestimmungen nachgewiesen werden, die Parallelbildung aus ähnlichen wirtschaftlichen Verhältnissen zur Erklärung genügt —, interessiert den Juristen die Veränderung, die mit dem solonischen Recht in Alexandria vor sich gegangen ist. Die Zwischenräume zwischen Haus und Haus werden nicht mehr als eine von der öffentlichen Ordnung vorgeschriebene Gestaltung betrachtet, die Hauseigentümer haben das Recht, die geschlossene Bebauung mit der gemeinschaftlichen Mittelmauer durchzuführen. Gerade dies ist auch im klassischen Rom der Fall, wie die Rechtsquellen<sup>2)</sup> und die Beobachtung in Pompeji<sup>3)</sup> zeigen, und nicht anders ist es in unseren Jahrhunderten gegangen, wo die ähnlichen Abstandsvorschriften der deutschen landrechtlichen Ordnungen<sup>4)</sup> vor den neuen Gesetzbüchern und der geschlossenen Bauweise verschwanden.

Für Bäume gilt, während nach Zwölftafelrecht bekanntlich der Baum dicht an der Grenze stehen kann<sup>5)</sup> und deshalb die *interdicta de glande legenda* und *de arboribus caedendis* nötig waren, die solonische Vorschrift über den Abstand der Anpflanzung von der Grenze: 9 Fuß für Feigen oder Ölbäume, bei anderen Bäumen 5 Fuß. Das ist für moderne Begriffe ein sehr beträchtlicher Abstand, wenn man damit die Abstände des *code civil* Art. 671 von 1½ m für hochstämmige Bäume, von 1,80 m für deutsche Landesrechte vergleicht, während die entsprechenden Bestimmungen für niedrige Sträucher den Abstand von 50, resp. 45 cm vorsehen.<sup>6)</sup> Anscheinend kommt nichts auf die Kulturart an, welche auf dem Nachbargrundstück herrscht. Für Anlage eines Grabens oder einer Grube ist auch die solonische Vorschrift über die Abstände aufgenommen, die in Rom, wenn man nicht etwa aus der Gaiusstelle einen Schluß ziehen wollte, unnachweislich ist.

Als Zweck dieser Bestimmung wird im Referat bei Plutarch angegeben, daß das Hinüberreichen der Wurzeln, die Entziehung der Nahrung, der Abfluß von Feuchtigkeit dem Nachbargrundstück erspart bleiben sollte (Plut. Sol. c. 23). Die wichtigste Tendenz wird natürlich dahin gegangen sein, die Beschattung des Nachbargrundstücks zu vermeiden.

1) Vgl. richtig über die römischen Texte bei Karlowa *Rechtsgesch.* 2, 519.

2) Vgl. Karlowa a. O.

3) Nissen, *Pompeianische Studien* 568.

4) Gierke, *Deutsches Privatrecht* 2, 423, 18.

5) Tab. VII Nr. 9 a. 10.

6) Badisches Ausführungsgesetz z. B. G. B. Art. 19. Die Nachweise über ältere deutsche Ordnungen bei Gierke, *Deutsches Privatrecht* 2, 425.

Es ist nicht ohne Interesse, hier an die Bestimmung des Byzantinischen Agrarrechts zu erinnern, nach welcher stets die Beseitigung des Schatten werfenden Baumes vom beeinträchtigten Nachbarn gefordert werden kann (The farmers law, ed. Ashburner, Journal of hellenic studies (1910) 102, c. 31).

2. Die Bestimmung über das Verfahren, das den Berechtigten gegen eine Verletzung der Abstandsregeln über Neuanlagen offen steht, ist nur für die Anpflanzungen im Auszuge erhalten. Es fehlt, wie die Herausgeber auch betonen, der Satz über die Selbsthilfe der Nachbarn gegen den widerrechtlichen Bau, der vom Abschreiber, wohl weil er für seinen Fall belanglos war, ausgelassen wurde. Für die Bäume ist die einschlägige Bestimmung erhalten. Wer widerrechtlich den Abstand nicht einhält, muß binnen einer auf wenige Tage — die Herausgeber vermuten fünf — beschränkten Frist nach dem formellen Protest des beeinträchtigten Nachbarn den Baum beseitigen: ob er dies nur durch Ausgraben tun darf, wie die Herausgeber wegen P. Teb. 5, 205 vermuten, oder nicht auch durch Niederschlagen beseitigen kann<sup>1)</sup>, bleibt doch wohl zweifelhaft, weil die Rechtswidrigkeit nachher gerade für den Fall ausgeschlossen wird, daß der beeinträchtigte Nachbar selbst Bau oder Anpflanzung zerstört ( $\alpha[\alpha\theta\alpha\upsilon\sigma\epsilon\acute{\iota}\nu]$  l. 102). Die Herausgeber nehmen hier, weil das Wort  $\alpha\theta\alpha\upsilon\sigma\epsilon\acute{\iota}\nu$  nicht auf die Beseitigung von Bäumen gehen könne, an, daß für die eigenmächtige Beseitigung der Bäume ein besonderes Wort in Original stand, welches der Schreiber wegließ.

Die Regelung des Selbsthilferechts, welches der Nachbar hat, wenn die Regelung über den Abstand nicht eingehalten wird, ist für die Rechtsvergleichung wie für das gräkoägyptische Rechtsleben von großem Interesse. Für das ägyptische Landrecht war ja Ähnliches schon bezeugt: im Prozeßprotokoll römischer Zeit, das P. Teb. 488 (a<sup>o</sup> 121/22) enthält, fragt der centurio Iulius Quadratus denjenigen, der angeblich widerrechtlich gebaut hatte: „vor wie langer Zeit verlangtest du zu bauen?“ Antwort: „vor drei Jahren“. Darauf der centurio zum Kläger: „Du mußt protestieren, als er im Begriff stand zu bauen. Während so langer Zeit hast du dich weder beim Strategen noch sonst bei einem Beamten beschwert . . . Zu Unrecht erhebst du jetzt den Anspruch, obwohl doch nach dem Recht der Ägypter<sup>2)</sup> . . . .“ Während gerade wegen dieses Proto-

1) Daß nicht ein Wort dastehen kann, auf Grund dessen der Besitzende die Pflicht zum Niederschlagen erhielt, ist ja wohl selbstverständlich. Zu denken wäre an einen neutralen Ausdruck für beseitigen, der sowohl das Ausgraben wie das Umschlagen umschlösse.

2) Auf die Notwendigkeit dieser Auffassung hat mich Wilcken mit Recht freundlichst aufmerksam gemacht.



kolls die Frage offen bleiben muß, ob nach ägyptischem Landesrecht die eigenmächtige Zerstörung überhaupt erlaubt war, oder nicht der beeinträchtigte Nachbar ausschließlich auf den Weg der Klage verwiesen war, ist es durch P. Hal. 1 nun für das alexandrinische Recht klar, daß die Befugnis zur eigenmächtigen Zerstörung hier im Notfalle gegeben war, wie sie nach solonischem Recht gegeben gewesen sein muß, da Demosthenes das *καλύειν ἐξ ἀρχῆς* als eine intensivere Abwehr kennt, als das bloße Protestieren (*διαμαρτύρεσθαι*).<sup>1)</sup> Es war wohl gemeingriechisches Recht, was hier in Alexandrien erscheint. Auch für die zivile Gestaltung der römischen *operis novi nuntiatio* ergibt sich eine Anregung, die hier nicht verfolgt werden kann.

Die Bestimmung des P. Hal. 1 sieht vor, daß der Bauende, dem der Protest formell erklärt worden ist, die Arbeit vernichten muß, andernfalls auf Schadenersatz haftet, während dem benachteiligten Nachbar, der protestiert hat, nach fruchtlosem Ablauf der Frist das eigenmächtige Zerstörungsrecht zusteht.

Dabei ist eines als Unterschied des römischen und hellenischen Rechts besonders interessant. Im alexandrinischen Gesetz folgt die Restitutionshaftung einfach aus dem *ᾰδίκτημα*. Als deliktischer Verstoß gegen die öffentliche Ordnung über den Abstand wird die Zuwiderhandlung aufgefaßt. Es fehlt anscheinend ganz an der Auffassung, die im klassischen römischen Rechte uns als die Denkform nach klassischem römischem Privatrechtssystem erscheinen würde (D. 8, 5, 17 pr.), daß die Restitution mit einer Klage erzwungen wird, die auf dem dinglichen Rechte des beeinträchtigten Nachbarn fußt, sondern gerade wie bei der uralten römischen *actio aquae pluviae arcendae* es fürs Zwölftafelrecht hervortritt, handelt es sich nach solonischem Recht um eine Klage aus unerlaubter Handlung, die zu einem obligatorischen Anspruche des beeinträchtigten Nachbarn führt. Das hat für die moderne Forschung nichts Überraschendes. Aber es verdient für den dogmatischen Aufbau des griechischen Eigentumsrechtes und seine Lehre von den Eigentumsbeschränkungen bemerkt zu werden. Im modernen Sinne kann es eine solche Lehre nach griechischer Denkform gar nicht geben, da der bewußt erfaßte Begriff des Eigentumes als eines absoluten Rechtes fehlt.

Unter diesem Gesichtspunkt bekommt die Stelle des P. Hal. 1 auch für die attische Unrechtklage wegen Veränderung der Abflußverhältnisse ihre Bedeutung. Ganz ähnlich wie in P. Hal. 1 die Verletzung der nachbarrechtlichen Vorschrift über den Abstand ist in Athen die Veränderung der Vorflut als *ᾰδίκτημα* gegen den Beeinträchtigten gefaßt. Auch die

3) Dem. or. 55, 4.

attische Klage ist eine *δίκη βλάβης*, wie es heißt, daß der Schädiger in P. Hal. 1 wegen *βλάβος* haftbar sein soll. Man möchte auf ganz ähnliche Rechtssätze schließen, da die Tatbestände selbst durchaus ähnlich sind. Aber dem steht die noch herrschende Meinung gegenüber, die aus Dem. or. 55 (*πρὸς Καλλικλέα*) gewonnen ist. Dort ist die Verteidigung des Beklagten gegen eine *δίκη βλάβης* gerichtet, die in der Rede selbst als *δίκη ἀτίμητος* mehrfach bezeichnet wird. Kallikles hatte als Eigentümer eines vom Regenwasser geschädigten Grundstücks auf den Schaden geklagt, mit Schätzungsantrag (*τίμημα*) von 1000 Drachmen. Meier-Schömann und früher auch Lipsius erklärten dies mit der Tatsache, daß im Gesetze wohl hier eine feste Geldstrafe von 1000 Drachmen fixiert war.<sup>1)</sup> Diese Vermutung hat jetzt alles gegen sich, seit P. Hal. 1 vorliegt.<sup>2)</sup> Es ist durchaus unwahrscheinlich, daß die solonische Gesetzgebung den je nach dem Einzelfall ganz verschiedenen Schaden, der durch die Veränderung der Abflußverhältnisse entsteht, mit einer festen Geldbuße (*βλάβη ἐνθεσμος*, Lex. Seguer. 251, 31) heilt, dagegen bei dem Verstoße gegen die festen Regeln über den Abgang von der Grenze nicht von der festen Geldstrafe Gebrauch machen sollte, während doch hier der Schaden oft schwer zu behaupten ist und die Verletzung der gesetzlichen Regeln hier den Charakter des Verstoßes gegen eine öffentlich-rechtliche Ordnungsvorschrift trägt. — Es ist jetzt zweifellos, daß Heffter (athen. Gerichtsverf. S. 117 N) ganz richtig sah, als er meinte, daß im Falle bei Dem. or. 55 die *δίκη βλάβης* zur unschätzbaren Klage aus prozessualen Gründen geworden war.<sup>3)</sup> Der Beklagte war per contumaciam vor dem Diäteten zunächst zu 1000 Drachmen verurteilt worden. Herabgesetzt konnte diese Schadensschätzung gar nicht mehr werden, da immer, wenn der Beklagte bei der folgenden *δίκη μὴ οὔσα*, der attischen Einspruchsklage gegen das Versäumnisurteil, die Abweisung des Klägers mangels Begründung nicht erzielt, das Versäumnisurteil aufrecht erhalten bleibt, also eine neue Schätzung in der Einspruchsklage nicht mehr möglich ist.

Als Anhang zu diesem Rechte der operis novi nuntiatio ist eine Bestimmung fragmentarisch erhalten, deren Sinn leider völlig unklar ist, vgl. die Herausgeber S. 73.

1) Meier-Schömann-Lipsius, Att. Proc. 224f., nicht mehr festgehalten bei Lipsius att. Recht 2, 662, 97. Aber noch Dareste, plaid. civ. de Démosth. 1, 166. Guiraud, propr. fonc., p. 312. Beauchet, hist. d. dr. pr. de la répub. ath. 3, 168.

2) Schon Plato Leg. VIII, 9, p. 844 C. D. mußte in derselben Richtung deuten. Thalheim, Zu den griech. Rechtsaltertümern, Schneidemühl 1892, S. 6f. und Lipsius, Att. Recht 2, 662, haben, wie ich nachträglich sehe, schon das Richtige.

3) Vgl. die Stelle bei Pollux 8, 60.

3. Die Vorschriften über die Beitragspflicht der Nachbarn bei gemeinsamen Gräben (I. 106 ff.).

Daß die Lesung der Überschrift noch der Arbeit bedarf, wurde oben (S. 145) schon ausgeführt. Es muß m. E. ein Fingerzeig geben, daß Plato in seinen *Leges* Bestimmungen des Quellenrechtes und Wasserleitungsrechtes dort bringt, wo er die *νόμοι γεωργικοί* aufstellt (Leg. VIII, 9, p. 842 E. ff.). Bei Plato tritt sehr deutlich hervor, daß die Bauern in einem genossenschaftlichen Verhältnis leben, das sie eint, obwohl ein besonderer Name für diese Gemeinschaft bei Plato anscheinend fehlt. Es muß besonders vom Gesetzgeber gesagt werden, daß der einzelne auf seinem Grundstücke so wie es ihm beliebt und wann es ihm beliebt, ernten darf (Leg. VIII, 10 p. 844 E.). Und in manchem Punkte galten noch Bestimmungen, die auf altem Flurzwang beruhen.<sup>1)</sup> — Bei der Wasserversorgung (p. 844 B) ist es deutlich, daß ein Genossenschaftsverhältnis der Nachbarn vorliegt. Bei der Ernte spricht Plato von der Gemeinschaft der Bauern (p. 844 D.), und das Recht, die abgeernteten Feldfrüchte auf jedem Wege, auch durch fremde Grundstücke hindurch heimzubringen (p. 845 E.), zeigt, wie stark die alte Gemeindegewirtschaft bei Plato noch gelten soll. Gerade dieses Recht ist ja auch in der deutschen Genossenschaft für den alten Flurzwang charakteristisch.<sup>2)</sup> Man konnte bisher daran denken, daß diese weitgehenden Beschränkungen des einzelnen mit dem seltsamen Staatskommunismus des Philosophen zusammenhängen und daß sie für das Rechtsempfinden des 5. und 4. Jahrhunderts nur diejenige Behandlung verdienten, welche der Kommunismus in den *Ekklesiastischen*<sup>3)</sup> findet. Aber das wäre ganz abwegig. Schon die Anknüpfung an kretische Verhältnisse müßte gegen die Auffassung stutzig machen, und die Wiederkehr des Gleichen in der germanischen Entwicklung beweist für sich allein. Zum Überfluß bringt jetzt das alexandrinische Recht Bestimmungen, die nur unter der Voraussetzung denkbar sind, daß die Nachbarn draußen im offenen Lande als Genossen einer Gemeinschaft gedacht werden<sup>4)</sup>, die dem einzelnen Beitragspflichten auferlegt, nicht anders, als in den Verhältnissen, die sich in der Markgenossenschaft des deutschen Rechtes entwickelt haben. Leider fehlen die Bestimmungen über die Wasserleitung, die in Kreta wie bei Plato sehr klar diesen Gedanken zeigen, indem sie jedem Grundstückseigentümer gestatten, über die Nachbargrundstücke hinweg Wasserleitungen aus dem Flusse zu

1) Über die im Landbau angebauten Früchte und Feigen p. 844 d.

2) Vgl. Gierke, Genossenschaftsrecht 2, 217. Meitzen, Siedelung und Agrarwesen 1, 62 f.

3) Aristoph. *Ekkles.* 590 f.

4) Ausdrücklich für den Flurzwang bezüglich der Nährfrüchte, p. 847 E.

führen.<sup>1)</sup> — Aber wie dort der Zusammenschluß der Nachbarn in einer genossenschaftlichen Gemeinschaft wahrscheinlich die Grundlage abgab, ist das neue Fragment aus einem alexandrinischen Gesetze, das vielleicht nicht der *πολιτικός νόμος*, sondern ein Agrarrecht war, nur denkbar in einer landwirtschaftlichen Ordnung, die noch stark mit Gedanken arbeitet, die in einer Markgenossenschaft entwickelt waren. Die Herausgeber selbst haben das dunkel gefühlt. Den Juristen wird es allerdings überraschen zu sehen, daß die philologischen Erklärer ihre Vergleichspunkte in — Windscheids Bemerkungen über die *communio incidens* fanden (S. 74).

Die erste Bestimmung handelt von dem Graben auf der Grenze: „vom Ziehen und von Reinigung von Gräben“ lautet die sachliche Überschrift. Aus der Bestimmung, daß die ausgehobene Erde nach beiden Seiten zur Hälfte geworfen werden soll, folgt die Beziehung auf den Grenzgraben. Wohl richtig wird von den Herausgebern das Ziehen des neuen Grabens (*τέμνεσθαι τάφρον καινήν*) und das Weiter-ins-Land-hineinführen des alten (*ἀνάγειν*) unterschieden.

Leider fehlt das Verbum in dem Satze, der die Befugnis desjenigen präzisiert, der den Graben ziehen will. Die Herausgeber übersetzen: „Er soll es den Nachbarn anzeigen“. Aber ist es denn so sicher, daß der einzelne kraft freier Willkür den Nachbarn Kosten auferlegen kann? Stand vielleicht da: *συναλλαττέσθω*, er soll sich einigen mit den Nachbarn? Nur dann wird eigentlich verständlich, daß der eine oder andere, der nicht mitmacht, gleichwohl für die Kosten anteilig haftbar gemacht werden kann, und zwar, weil er unerlaubte Säumnis sich zuschulden hat kommen lassen, sogar aufs Doppelte des Beitrages. Nur wenn die Einigung mit der großen Menge der Genossen vorlag, ist es möglich, daß derjenige, welcher den Graben neu anlegen will oder den vorhandenen weiter ziehen will, dem einzelnen, der widerstrebt, Kosten auferlegen kann, die seine Leistungsfähigkeit vielleicht erheblich in Anspruch nehmen und in keinem Verhältnisse zur Verbesserungsfähigkeit des Bodens stehen. Nur wenn es sich um Majorisierung eines einzelnen durch die Genossen handelt, versteht man auch die Rechtsfrage und die Notwendigkeit eines Prozesses gegen den Säumnigen. Es mußte natürlich festgestellt werden, daß die Anforderung beizutragen wirklich mit berechtigtem Grunde gestellt war.

Sehr zu bedauern ist es, daß die Bezeichnung der Beitragspflichtigen in l. 112 verloren ging. Da heißt es: „Wenn jemandem auf seinem Grundstücke der Graben verschlammt ist, sollen die . . . ihm zur Ausschlem-

1) Vgl. Plato Leges VIII, p. 844 A., für Kreta belegt durch die Inschrift von Gortyn (5. Jahrhundert). Griech. Dial. Inschr. 5000.

mung des Grabens Beitrag leisten, jeder anteilig<sup>1)</sup>, dem Ausräumenden aber soll der Nichtbeitragsleistende im dreifachen Betrage der Kosten haftbar sein, wenn er im Prozesse unterliegt.“ Es handelt sich hier nicht — wie die Herausgeber glauben — um einen Grenzgraben, vielleicht auch nicht um Anlieger, denn der Graben liegt hier ja auf einem Grundstücke; er ist *τάφος τοῦ χωρίου* des Unternehmenden. Möglich bleibt natürlich, daß sich der Graben durch mehrere Grundstücke erstreckt und die Ober- und Unterlieger des Unternehmenden wegen ihrer Beteiligung an dem Graben eine Beitragslast bei der Ausschlebung haben. Weil die Haftung der Säumigen nicht nur aufs doppelte, sondern aufs dreifache des Beitrages geht, ist dies sogar das wahrscheinlichste. Immerhin bleibt die Frage noch offen, welchen Personenkreis hier die Beitragspflicht trifft. Daher ist es auch wohl sehr möglich, daß im letzten Falle diese Beitragspflicht mit einer Flurgemeinschaft gar nichts mehr zu tun hat, sondern auf einem Gesichtspunkt des öffentlichen Rechtes beruht wie unsere modernen ähnlichen Pflichten der Anlieger von Bächen, Gräben und Flüssen.

#### IV. Das Injurienrecht.

Von den Fragmenten, die sich auf das Injurienrecht beziehen, enthält das erste nach der Auffassung der Herausgeber grundlegende Bestimmungen für das Kalumnienrecht im Injurienprozesse (Kol. V, 115f.), eine andere Reihe von Fragmenten in Kol. VIII am Ende und Kol. IX, stellt nunmehr das wichtigste Bruchstück griechischen Injurienrechtes dar, das wir überhaupt besitzen. Es enthält die Tatbestände für verschiedene Strafklagen: Bedrohung mit der Waffe oder gefährlichem Werkzeug, die Haftung aus der Schlägerei, Strafschärfungsgründe, endlich eine allgemeine Bestimmung über die Hybris. Die Herausgeber heben mit Recht hervor (S. 109), daß auch hier keine Abschrift des fortlaufenden Gesetzestextes selbst vorliegt. Für die Zwecke eines Prozesses sind einschlägige Gesetzesstellen zusammengeschrieben, jede unter der Rubrik mit der sie im Gesetze stand. Übrigens ist auch sonst klar, daß in P. Hal. 1 nur Auszüge für den besonderen Fall vorliegen. Die Herausgeber selbst machen darauf aufmerksam, daß die Reihenfolge der Bestimmungen umgekehrt

1) Die Herausgeber übersetzen, als wäre ein Geländeteil oder eine Strecke des Grabens gemeint: „Jeder nach seinem Anteil.“ Aber dann wäre doch der Artikel zu erwarten, ähnlich wie es richtig in der Inschrift von Praisos auf Kreta (Ditt. Syll. 427, 40, 3. Jahrhundert v. Chr.) heißt. Ich meine, es ist nach Köpfen oder Gemeinschaftsanteilen der Genossen geteilt. Aber das letztere bleibt eine ganz ungewisse Möglichkeit, da eben die Bezeichnung des Personenkreises, der zur Genossenschaft verbunden ist, fehlt.

ist (S. 109), darauf ferner, daß die Erwähnung der Frauen in der Bestimmung über die Bedrohung fehlt (l. 186—188). Daneben ist zu beachten, daß l. 188—192 eine Bestimmung über Sklavendelikt enthält, die im unmittelbaren Zusammenhange mit dem Satze über Drohung steht. Aber sie bezieht sich wahrscheinlich nicht auf diesen Satz allein, da sie auf eine vorangegangene Reihe von Strafgesetzen ausdrücklich Bezug nimmt: Ἐὰν δὲ ὁ δ[ούλος ἢ ἡ] δούλη τούτων<sup>1)</sup> τι ποιήσῃ . . .

Die Bestimmungen über die unrechte Tat gegen den Bürger haben für unsere gesamte Anschauungen vom griechischen Recht grundlegende Bedeutung. Bisher beruhten unsere Kenntnisse vom altgriechischen Injurienrecht, abgesehen von wenigen Nachweisen, die Hitzig (Injuria S. 1 f.) zusammentrug, ausschließlich auf der attischen Gesetzgebung. In dieser ist aber derjenige Rechtszustand, der für primitive Rechte nach dem Ergebnis der Rechtsvergleichung alle Wahrscheinlichkeit hat, durch die solonische Reform verschüttet. Die Alten wußten, daß es eine Eigentümlichkeit der solonischen Reform gewesen war, daß sie die Injurienhandlung gleichzeitig als Verletzung der öffentlichen Friedensordnung faßte, und daher unter die Sanktion der öffentlichen, jedem Bürger zustehenden Strafklage stellte.<sup>2)</sup> Schon aus dem Berichte des Aristoteles in der Schrift vom Staate der Athener (Kap. IX) mußte man schließen, daß hier kulturelles Sondergut der demokratischen Verfassung Athens vorlag: denn hier handelte es sich um eine der drei „erzdemokratischen“ Einrichtungen Athens, und die beiden anderen dort aufgezählten Institute, das Verbot der Personalexekution wie der Rekurs an das große Volksgericht, sind auch nicht gemeingriechisch. Jetzt kommt in Alexandrien derjenige Rechtszustand hervor, den man nach Plato ahnen konnte, und der allein die zahlreichen Mißverständnisse hellenistischer Grammatiker und Rhetoren bei ihrer Behandlung des attischen Rechts erklärt.

In Attika gibt es einerseits die Sanktion der Hybris durch populäre Strafklage (γραφὴ ὑβρεως). Das Gesetz ist in der Einlage Dem. or. 21 (κατὰ Μειδίου) § 47 erhalten und bei Aeschines c. Tim. § 15 refe-

1) Den Plural τούτων auf die mehreren Tatbestände der Drohung, die mit den verschiedenen Waffen zusammenhängen, zu beziehen (so Herausgeber Übers. S. 108), wage ich nicht. τούτων setzt doch wohl verschiedene Handlungen voraus. Man vermißt eine Zusammenstellung analoger griechischer Gesetzesbestimmungen mit ähnlicher grammatischer Konstruktion, um der Übersetzung der Herausgeber trauen zu können.

2) Plut., Sol. c. 18. Dort steht das Wort, das es verdiente Motto, für Jherings Verherrlichung des Kampfes ums Recht zu sein: Ἐρωτηθεὶς γὰρ . . . ἢ τις οἰκεῖται κάλλιστα τῶν πόλεων, ἔκεινῃ, εἶπεν, ἐν ἣ τῶν ἀδικουμένων οὐχ ἦττον οἱ μὴ ἀδικοῦμενοι προβάλλονται καὶ κολάζουσι τοὺς ἀδικοῦντας.

riert.<sup>1)</sup> Andererseits gibt es folgende privaten Klagen: die *δίκη αικίας*, die Klage wegen erlittener Schläge gegen den, der die Prügelei begonnen hatte (*ἄρχων χειρῶν ἀδίκων*),<sup>2)</sup> ferner die *δίκη κακηγορίας*, also die Klage wegen Beschimpfung und übler Nachrede durch Gebrauch eines der im Gesetz verbotenen Ausdrücke, endlich die *δίκη βιαιῶν*, nachweisbar wegen Schändung eines Mädchens und verbotener Eigenmacht an fremden Sachen. Es scheint im attischen Recht der lange Katalog der einzelnen speziellen Injurienhandlungen, welchen z. B. das prätorische Edikt in Rom gibt, zu fehlen, da hier die öffentliche Verfolgung wegen Hybris den Rechtsschutz schuf. Es fehlt vor allem der Gesamtbegriff der privatrechtlichen, mit *δίκη ἰδία* vom Verletzten allein zu verfolgenden Hybris, unter den alle Tatbestände fallen könnten, die nicht *αἰκία*, *κακηγορία*, *βλαία* sind.

Andere griechische Rechte müssen hier von jeher ganz andere Bestimmungen gehabt haben. Schon der alte Grammatiker<sup>3)</sup>, der die Fall-darstellung zur Rede gegen Midias schrieb, kannte drei Arten (*ὅροι*, genera) der Hybris: die durch beschimpfende Handlung (*ἡ δι' αἰσχρολογίας γενομένη*) die durch Verbalinjuriën (*διὰ λόγων*), endlich die durch Schläge (*διὰ πληγῶν*). Wenn Lipsius diese Kategorienbildung auf die attische *γραφὴ ὕβρεως* bezieht und für diese mit kurzer Widerlegung abtut<sup>4)</sup>, ist das für Athen berechtigt; aber es wird übersehen, daß eben außerhalb Attikas das Injurienrecht sicher anders gestaltet war. Aristoteles kennt einen Begriff der Hybris<sup>5)</sup>, welcher sowohl die *ὕβρις ἐπὶ τὸ σῶμα* wie die *ὕβρις εἰς τὰ χρήματα* umfaßt. Bei Plato in den *Leges* sind unter dem Gesamtbegriffe der Gewalttaten (*βλαία*) die Körperverletzung (*τραύματα*), die Beleidigung durch Schlag (*αἰκία*, IX, 16 S. 879 Bf.), die Klage wegen verbotener Gewalt (*δίκη βιαιῶν* X, 1 S. 884 D) und die Arten der *ὕβρις* behandelt (S. 884 D, 885 A). Aber auch hier ist es klar, daß die *αἰκία* ein Fall von Hybris ist; denn bei der Erwähnung der Injurien gegen die Eltern wird die Hybris als weiterer Begriff gekennzeichnet und nur auf diejenigen Fälle von Hybris, die nicht schon vorher im Abschnitt über die *αἰκία* behandelt sind, eingegangen; ferner steht unter den Fällen der Hybris auch einer, der schon unter die *δίκη βιαιῶν* fällt.<sup>6)</sup> All dies deutete

1) Daß die Einlage in der Timocratea verdächtig ist, darüber vgl. Lipsius, att. Recht. 1, 422.

2) Vgl. Hitzig, Injuria, S. 39.

3) *ὑπόθεσις* or. Dem. 21 § 10 S. 513. Ähnlich Lex. Seguer. 355.

4) Attisches Recht 1, 423.

5) Polit. V. 8 S. 1311 a, 32 f., V, 9 S. 1315 a. Zur *ὕβρις ἐπὶ τὸ σῶμα* vgl. *ἀδικία εἰς τὸ σῶμα* P. Hal. 1, 193.

6) Nach S. 884 D gehört die Eigenmacht an fremder Sache (eigenmächtiges Wegschleppen und Benützen) zum Gesetz über die verbotene Eigenmacht (*νόμιμον περὶ βιαιῶν*). Nachher wird als viertes *γένος ὕβρεως* aufgezählt, daß jemand un-

schon längst auf eine andere Bedeutung des Begriffes Hybris hin, als er nur aus der attischen *γλαφῇ ὑβρεως* erschlossen werden konnte. Welches war dieser Oberbegriff? — Hitzig hat nach ihm gesucht, weil er ihn für die Vergleichung mit dem römischen Injurienrechte brauchte, obwohl ja Hitzig vom System der attischen *γλαφῇ ὑβρεως* ausging, und in Attika dieser Oberbegriff der Hybris über den rein privatrechtlich behandelten Klagen wegen Schmähung, Prügeln, verbotener Eigenmacht gar keine juristisch technische Rolle spielt. Hitzig glaubte, daß die Anwendung überlegener physischer Gewalt ein wesentliches Moment der Hybris sei. Erst durch eine weitere Entwicklung sei die Hybris von der körperlichen Gewalt abgedrängt und ein Begriff ausgebildet worden, unter den jeder Angriff auf die fremde Persönlichkeit fällt. Diese Verknüpfung des ursprünglichen Begriffes der Hybris mit dem der körperlichen Gewalt ist nun sicherlich abzulehnen<sup>1)</sup>, es sei denn, daß man die Gewalt etwa — was Hitzig ganz fernlag — soweit faßt, wie das griechische Recht es ursprünglich zweifellos tat, wo jede verbotene Eigenmacht gegen Sachen, eben weil sie sich gegen den Willen des rechtmäßigen Herrn durchsetzt, als Gewalt behandelt wird. Ich glaube, daß im juristischen Begriff der Hybris schon in verhältnismäßig alter Zeit sich ein viel weiterer Begriff als derjenige der physischen Gewalt des körperlich Überlegenen nachweisen läßt. In der Hybris muß schon früh die bewußte Auflehnung gegen die Friedensordnung und gegen den Schutz liegen, den sie der geschützten Persönlichkeit eines anderen verleiht. Die bewußte frivole Unrechttat gegen einen anderen muß schon früh dem griechischen Privatrecht als Deliktstatbestand vertraut gewesen sein. Es ist ja eine alte Beobachtung, daß die *Bia* und die *Hybris* als Unrecht dem Recht (*Dike*) in der Vorstellung der Dichter und Philosophen gegenüberstehen.<sup>2)</sup> In der Religion ist die *Hybris* die frivole Auflehnung gegen die heilige Ordnung, die der Frevler in bewußter Überhebung begeht. In der Moral ist es die frivole Überhebung, die den Nächsten nicht achtet.<sup>3)</sup> Aber derselbe Begriff ist auch schon sehr früh von den Rechtsphilosophen in einer Weise erfaßt worden, daß es ganz deutlich ist, daß sie einen Begriff der positiven Rechtsordnung richtig verallgemeinerten. Denn wenn Hippodamos von Milet nur drei Arten von Gesetzen kennt: *ὑβριν, βλάβην, θάνατον*, so soll

bekümmert um den Widerspruch des Eigentümers eine dem Archonten gehörige Sache wegschleppt oder in Gebrauch nimmt.

1) Dagegen schon richtig Lipsius, att. Recht 2, 426.

2) Vgl. Hirzel, Themis, Dike und Verwandtes 131 N. 1, 218, 5. Für die Hybris in der Religion und in der Moral bin ich durch Gespräche mit Reitzenstein und Ed. Schwartz zur Formulierung gelangt.

3) Arist. Polit. 2, 5 S. 1267 B 39.



die Hybris dabei deutlich all diejenigen privatrechtlichen Tatbestände umfassen, bei denen der Kläger behauptet: ἀδικεῖ με ὁ δέσινα. Unter diese Unrechtklage fällt dann der Darlehensanspruch und der Anspruch wegen unberechtigter Vindikation im Freiheitsprozeß so gut als die Injurienklage. Nun ist es ja ganz gewiß, daß diese weite Auffassung der Hybris, welche das gesamte Klagensystem der benannten Klagen zum Schutz der subjektiven Rechte überflüssig machen würde, nicht den griechischen positiven Rechtsordnungen entsprochen haben kann. Aber die griechischen Rechte kannten jedenfalls einen weiteren Begriff der Hybris, der nicht allein an den Tatbeständen der Prügel, der Schmähung und der verbotenen Eigenmacht allein haftete und andererseits nicht durch die geschichtliche Entwicklung der attischen öffentlichen Strafklage wegen Hybris gefunden wurde. Für diesen privatrechtlichen Begriff der Hybris mußte es mindestens nahe liegen, alle diejenigen Tatbestände unter die Hybris zu bringen, welche unter die römische actio injuriarum der klassischen Praxis fallen, nicht bloß die Injuria als leichte Körperverletzung im Sinne des Zwölftafelrechtes. Voraussetzung für eine solch weitgehende Verwertung war ein Gesetz, welches jede Art von Hybris unter die δίκη stellte, auch abgesehen von den engen Tatbeständen der αἰκία, der κακηγορία und der δίκη βιαιών.

Daß wirklich diese Gestaltung der griechischen Gesetzgebung angehört hat, konnte bisher nur die durch die Rechtsvergleichung und die Erwägung des Gesamtmaterials geschärfte Beobachtung des Rechtshistorikers ahnen, jetzt findet sich dieses Gesetz in P. Hal. 1. In dem neuen Papyrus finden wir allerdings nicht den vollen Überblick über alle die besonderen gesetzlichen Tatbestände des alexandrinischen Injurienrechts. Natürlich haben auch hier die Klage wegen Schmähung und die Klage wegen verbotener Eigenmacht nicht gefehlt. Wir können Spuren von letzterer in ägyptischen Papyri draußen in der χώρα nachweisen.<sup>1)</sup> Aber wir haben einerseits die Auszüge zur αἰκία: auf sie bezieht sich l. 203f. Wir finden daneben ein bisher noch nicht beachtetes Strafgesetz über Bedrohung mit dem gefährlichen Werkzeug, und neben den speziellen Tatbeständen ist eben das generelle Gesetz über die Hybris in den „ungeschriebenen“, d. h. nicht ausdrücklich aufgeführten Fällen erhalten.

Das Gesetz über die Privatklage wegen Prügeln entspricht eben dem attischen über die αἰκία: hier wie dort sind die πληγαί, das πατάσσειν im Tatbestande erwähnt<sup>2)</sup>, hier wie dort die Voraussetzung, daß der Beklagte zuerst geschlagen hat, ohne Recht dazu zu haben (ἄρχων χειρῶν ἀδίκων)

1) P. Par 14 l. 43, die Buße von 5 Kupfertal. wegen ἀδίκιον, begangen durch βιαιῶς ἐνοικεῖν (l. 22). P. Magd. 1, 17. — P. Magd. 27, 4.

2) Lex. Seguer. 355, 356. Lipsius, Att. Recht 2, 644f. Hitzig, Injuria S. 3ff.

gleichgültig, ob der Kläger sich nachher auch seinerseits der Schläge durch Schläge erwehrt hat. Aber ein wesentlicher Unterschied scheint zu gelten: in Athen ist die Buße nicht vom Gesetze fixiert, die Dike, die Klage also eine „schätzbare“ (τιμητή).<sup>1)</sup> In Alexandrien findet sich eine feste Buße für einen Schlag; nur für mehrere Schläge ist die Klage schätzbar (l. 205, 201). Übrigens ist durch diese Feststellung nur sicher, daß das alexandrinische Recht sich von dem attischen der Redner unterschied. Es bleibt durchaus die Möglichkeit offen, daß bei Solon selbst noch nicht die schätzbare Klage vorlag, sondern ebenso wie bei der Klage wegen verbotener Eigenmacht der Satz von 100 Drachmen im Gesetze stand<sup>2)</sup> und die Klage wegen Schmähung auf die festen Sätze von 500 und 1000 Drachmen ging<sup>3)</sup>, auch die Prügel bei Solon noch mit einer festen Geldstrafe geahndet waren. Diese allerdings nicht streng erweisliche Rechtsgestaltung hat deshalb viel Wahrscheinlichkeit für sich, weil es ganz unglaublich ist, daß das alte attische Landrecht Solons schon mit der freien Schätzung der Buße operiert haben soll, — weil ferner für die Klage wegen verbotener Eigenmacht der alte solonische Tarif auch bis zum 4. Jahrhundert nachweislich der freien Schätzung gewichen ist<sup>4)</sup>, endlich weil derselbe Satz von 100 Drachmen, den das alexandrinische Recht noch für die *αἰνία* hat, bei Solon für die Klage wegen verbotener Eigenmacht, also den verwandten Tatbestand, erscheint. Auch im Statut der Iobakchen von Athen (Ditt. Syll. 737, 74f.) stehen feste Tarife, und der Satz von 25 Drachmen für ὕβρις, λοιδορία, μάχη, πλῆγαι ist offenbar ein Viertel des gesetzlichen Satzes der solonischen Ordnung. Wenn dieser Gedanke, daß ein solonischer fester Satz nur bis zur Zeit der Redner in Attika durch die freie Schätzung auch für die *αἰνία* ersetzt wurde, das Richtige trifft, ergibt sich gleichzeitig eine wichtige geschichtliche Erkenntnis. Bisher waren wir stets geneigt, das Ästimationsrecht bei der Injurienklage nur als Errungenschaft einer jüngeren Zeit anzusehen, die an die Stelle des starren Tarifes das geschmeidige richterliche Ermessen, an Stelle der durch Münzentwertung lächerlich gewordenen Geldstrafe die empfindliche Schätzung setzt. Die triviale Veratius-Anekdote bei Gellius 20, 1 beherrscht heute immer noch die Vorstellung der Rechtshistoriker vom

1) Vgl. die eben Zitierten. Auch die Nachricht bei Diog. Laert. VI, 42, wo Midias den Kyniker Diogenes ins Gesicht schlägt mit den Worten: „Da, 3000 Drachmen liegen für dich beim Bankier“, ist jedenfalls mit dem Bestehen einer gesetzlichen Geldmult unvereinbar.

2) Plut. Solon c. 25.

3) Hitzig, Injuria S. 24.

4) So schon Lipsius, Meier-Schömann, Att. Proz.<sup>2</sup> 1, 222 A. 63. — Att. Recht 2, 644.

praktischen Bedürfnisse, das zum Aufgeben der alten festen Bußtarife führte. Das alexandrinische Gesetz, nach dem nur für mehrere Schläge oder für den einen Schlag gegen mehrere Personen geschätzt werden muß, eröffnet uns hier einen neuen Gesichtspunkt. Man wurde es zunächst müde, den gesetzlichen Tarif je nach der Zahl der Schläge zu multiplizieren und kam daher zur freien Schätzung in denjenigen Fällen, in denen man sonst den Täter ein Vielfaches des gesetzlichen Bußtarifes hätte zahlen lassen müssen. Das Interesse des Bußschuldners war zunächst für die Einführung der Schätzung maßgebend, wie ja überhaupt das Urteil auf eine zu schätzende Bußsumme im griechischen Recht wohl immer auf dem Gedanken beruht, dem Beklagten eine Summe zu fixieren, mit welcher er sich von einer schwereren Haftungsfolge loskaufen kann. Wenn die römische Praxis sofort von den 25 As der Injurienbestimmung der Zwölftafeln zur Schätzung in allen Fällen überging, tat sie es wohl nur, weil sie nicht den ganzen Weg der Entwicklung selbst durchmaß, sondern den griechischen Fortschritt rezipieren konnte, der im 3. und 4. Jahrh. v. Chr. in den griechischen Gesetzgebungen verwirklicht war, aus deren Beobachtung die wichtigsten Gedankenentlehnungen römischer Rechtsbildung in der Zeit des ältesten Ediktsrechtes stattgefunden haben müssen.

Bei der Vergleichung von athenischem und alexandrinischem Recht ist bemerkenswert, daß die attische Klage wegen Schlägen gegen denjenigen, der den Archon mißhandelt, während er den Kranz trägt, gar nicht zu gehen scheint.<sup>1)</sup> In Athen verfällt dieser Frevler sofortiger Acht, er wird *καθάπαξ ἄτιμος*, nicht anders als in Rom derjenige, der den Tribunen schlägt, sacer ist, oder nach kanonischem Recht derjenige, der den Priester schlägt, durch die Tat selbst exkommuniziert ist.

In Alexandrien dagegen steht dem Beamten wenn er bei der Amtsausübung geschlagen wird, anscheinend nur die allgemeine Privatklage wegen Schlägen zu, allerdings mit Schärfung auf das Dreifache der bekannten Buße (vgl. die Fragestellung der Herausgeber S. 166).

Ob neben dieser Strafklage wegen Prügel noch ein besonderer Tat-

1) Dem. or. 21, 32f. Die Herausgeber S. 78f. sprechen von einer Strafklage mit Atimiewirkung. Aber bei Dem. or. 21, 33 heißt es ganz deutlich, daß derjenige, der den Archonten schlägt, eben nicht nur klagbar (*ὑπόδικος*) ist, sondern ebenso wie derjenige, der den Thesmotheten schlägt, *καθάπαξ ἄτιμος* ist. Schon Swoboda (Zeitschr. Sav. St. 26, 154) hat das *καθάπαξ ἄτιμος* in Arist. *Ἄθ. πολ.* 22, 8 richtig neben das *ἄτιμος παντάσῃ* bei Plato leg. IX, 2 S. 855 B. gestellt. Der Terminus *καθάπαξ ἄτιμος* für die Voll-Atimen scheint allerdings bei Usteri, Ächtung und Verbannung, Berlin 1903 1ff. übersehen zu sein. Und doch ist er sehr bezeichnend: Dem. or. 25, 30 scheidet die *καθάπαξ ἄτιμοι* von den einfachen atimen Staatschuldnern.

bestand über *αἰκισμός* vorhanden war, wie die Herausgeber in l. 118 ergänzen, das bleibt ganz unsicher. (Vgl. unten S. 75).

Neben den speziellen Injurientatbeständen steht in B. Hal. 1 l. 210f. das Gesetz über die *Ἵβρις*. *Ἵβρεως· ἐάν τις καθυβρίσῃ ἕτερος ἑτέρου τ[ῶ]ν ἀγράφων, ὁ τα . [ . . . . . ] μενος<sup>1)</sup> τιμησάμενος δικασάσθω, προσγραψάσθω δὲ ὀνομασί, τ[ὶ] ἂν φῇ] ὑβρισθ[ῇ]ναι, καὶ τὸν χρόνον ἐν αἰ ὑβρίσθῃ. ὁ δὲ ὀφλὼν διπλοῦν ἀπ[οτεισάτω], ὃ ἂν τὸ δικαστήριον τιμήσῃ.*

Diese clausula generalis ist hochinteressant. Ebenso wie bei dem Edikt zur römischen actio injuriarum (Collatio 2, 6, 1)<sup>2)</sup> heißt es hier: der Beleidigte soll in der Klage genau angeben, was ihm geschehen sei und — was in Rom nicht belegt ist —, die Zeit, in der es geschehen sei. Das ist aus praktischen Gründen deswegen notwendig, damit einerseits ein Tatsachenvorbringen, das nicht den Begriff des *ὑβρις* erfüllt, zur sofortigen Zurückweisung führen kann, damit andererseits nicht der Kläger durch ein unpräzises Vorbringen die Möglichkeit hat, vor den Richtern mit dem Vortrag der Tatsachen zu wechseln, auf die er die angebliche Injuria gründet. Die Herausgeber haben richtig hervorgehoben, daß hier eine privatrechtliche *δίκη ὑβρεως* vorliegt, wie eine solche auch in der *χώρα* schon mehrfach bezeugt war (P. Hibeh 32 Magd. 24 Fay. 12). Sie weicht von allem, was wir aus Attika wissen, dadurch ab, daß hier eine Schätzung bei der schätzbaren Klage vom Gericht selbständig erfolgen darf. Während in Attika in allen nachweisbaren Beispielsfällen das Gericht nur zwischen der Schätzung des Klägers oder der des Beklagten wählt, ist hier eine echte *litis aestimatio* gegeben, ganz wie sie bei der römischen actio injuriarum auch vorkommt.

Es muß möglich gewesen sein mit dieser allgemeinen Hybrisklage den ganzen weiten Kreis der Tatbestände zu fassen, den die römische actio injuriarum trifft. Jeder Eingriff in die Rechtsphäre des einzelnen konnte ebenso wie in Rom mit solcher Klage verfolgt werden, und wir wissen, daß dies auch geschehen ist. Bisher waren die grotesken Fälle, welche die Rhetoren zu dem *inscriptum maleficium* diskutieren<sup>3)</sup>, schlechthin unverständlich:<sup>4)</sup> der gegen seinen Willen gerettete Selbstmörder klagt gegen den Retter — der Vater eines Mädchens klagt gegen den reichen Mann, der ihm die Tochter hatte entführen lassen und sie dadurch um ihre Aussicht als Priesterin gewählt zu werden brachte, — der Va-

1) Herausg.: *τα[λαιπωρού]μενος*.

2) Über das Alter dieser Ediktsklausel vgl. Partsch, Zeitschr. Sav. 31, 427 a. 3.

3) Sen., c. V, 1 Quint. d. 252. 244. 370.

4) Vgl. noch die fleißige und gescheite Arbeit von Sprenger, quaestiones in rhetorum romanorum declamationes juridicae. Halle 1911, S. 228.

ter, dessen Sohn von einem Reichen das Geld zum Ankauf eines Buhlmädchens erhielt, klagt gegen den Reichen wegen Verunehrung seines Hauses, — jetzt erscheinen uns diese phantastischen Fälle nur mehr als weltfremde theatralische Exemplifizierung von Rechtsgedanken, die allerdings an einen Injurienbegriff angeknüpft werden konnten, der schlechthin die Interessensphären des einzelnen schützte, indem er die ästimatorische Klage wegen der ἄγρᾱφα ὕβρεως, dem inscriptum maleficium der Hybris, gab. Die Herausgeber unterschätzen die Tragweite der Bestimmung in P. Hal. 1, indem sie das καθυβρίζειν nur als „Gewaltakt“ fassen (S. 117). Für den Griechen ist die Hybris schon nach der Auffassung der attischen Praxis viel mehr als die bloße Gewaltübung. Wenn der attische Redner schon den Gedanken entwickelt, daß derjenige, der den Minderjährigen verführt, ein Wesen, das noch nicht rechtsgültig Zustimmung erklären kann, rechtswidrig und frivol schädigt (ὕβριζει)<sup>1)</sup> —, so ist damit schon der Weg beschritten, auf dem die hellenistische Praxis in der Zeit der hellenistischen Rhetoren offenbar weitergegangen ist. Es ist heute dringend wahrscheinlich, daß eine juristische Großtat, die wir bisher aufs Konto der römischen Rechtswissenschaft setzten, von den hellenistischen Praktikern längst verwirklicht war: der Schutz der Menschenwürde und der persönlichen Freiheit wie der gesamten subjektiven Rechte des einzelnen Bürgers durch die private Injurienklage. Für die romanistische Forschung bietet das neue Gesetz über die Hybris mehr als eine Tatsache der Rechtsvergleichung. Die Vermutung, daß die römische actio injuriarum auf einem griechischen Vorbild beruhe, — ein Gedanke, der bekanntlich von Hitzig verfochten worden ist, — gewinnt jetzt ein ganz anderes Gewicht, seit wir sehen, daß es griechische Gesetze gab, die dem edictum generale bei der Injuria weit näher stehen als die attische δίκη αἰνίας. Daß schon Labeo die römische actio injuriarum mit der griechischen Klage gegen Hybris (Coll. 2, 5, 1) gleichsetzte, wird jetzt besonders bedeutungsvoll.

Es bedarf keines Wortes mehr darüber, daß die lex, welche nach den Rhetoren das Schlagen und die Schmähung verbietet<sup>2)</sup>, ebensowohl ein griechisches Gesetz sein dürfte, wie das Gesetz über das inscriptum maleficium.

In den Klagschriften auf Papyrus können wir bisher diese Weitung des Hybrisbegriffes noch nicht historisch nachweisen. Wir wissen nur, was wir schon für die attische Praxis der γράφῃ ὕβρεως wußten<sup>3)</sup>, daß das Anspeien und Besudeln als Hybris behandelt wird (P. Magd. 24).

1) Aeschin. c. Tim. § 15, dazu Hitzig, Injuria, S. 41.

2) Sen. S. 462, 2. Noch Sprenger a. O. 224f. dachte an römische Vorbilder.

3) Vgl. Hitzig, Injuria S. 41 nach Pollux S. 8, 76.

P. Magd. 6 ist zu zerstört, um ein sicheres Urteil darüber zu gestatten, ob hier vielleicht das Herunterreißen des Gewandes als Hybris behandelt war. In P. Petrie 3, 21 g (Mitteis, Chrest. 21), wo Wilcken S. 116 jetzt l. 26 neu las (*εἰς μὲ χειρῶν ἀδίκων*)<sup>1)</sup>, scheint auch das Anfassen des Umwurfs bei dem Gewande als Tatbestand der Hybris zu figurieren. Es ist jetzt jedenfalls nicht mehr nötig, die Frage zu stellen<sup>2)</sup>, ob in dem literarischen Scherz Lukians dort, wo er den Dialog gegen ihn selbst als Dichter eine *δίκη ὑβρεως* anstellen läßt, gerade an eine Real-Injurie gedacht ist.

Nicht nur für die Grundlagen des griechischen Injurienrechtes führt der P. Hal. 1 nun zu neuer Erkenntnis, — auch die einzelnen Nachrichten, die uns neu zuwachsen, sind von grundlegender Bedeutung.

Interessant ist zunächst die Überlieferung über die Injurien des Trunkenen, *μεθύοντος ἀδικιῶν* ist der Abschnitt l. 193f. überschrieben. Darin ist der Gebrauch des Terminus *ἀδικία* für die Injurienhandlungen bemerkenswert. Es ist nichts anderes als die genaue griechische Parallele zum römischen Worte *Injuria*.<sup>3)</sup> Die Herausgeber machen treffend auf P. Tor. 4, 15. P. Par. 14 (= Tor. 3) 44 aufmerksam, wo τὸ *ἀδικιον* ähnlich vorkommt, aber an ersterer Stelle von *ὑβρις* unterschieden wird. Warum eigentlich dieser Terminus in P. Hal. 1 statt *ὑβρις* steht, wäre der Frage wert gewesen, wenn auch eine zweifelsfreie Antwort heute nicht möglich ist. Das Wahrscheinlichste ist mir, daß der Terminus hier auf eine nicht-attische Quelle zurückgeht, wie ja zweifellos die Regel, die hier in Frage steht, sachlich in Attika nicht nachzuweisen ist. Dann hätten wir mit zwei Worten für den Hybrisbegriff zu rechnen: *ὑβρις* und *ἀδικία* und endlich vielleicht *ἀδίκημα*, das in der römischen Senatskanzlei im 2. Jahrhundert v. Chr. als Bezeichnung für *Injuria* vorkommt.<sup>4)</sup> Daß tatsächlich alle drei Worte den Römern als Übersetzung ihres Wortes *injuria* bekannt waren, zeigt Ulpian Coll. 2, 5, 1. Die römischen Juristen stritten allerdings darüber, mit welchem Wort der griechischen Literatursprache die *Injuria* im Edikt zu vergleichen sei. Labeo verglich mit der ediktalen *Injuria* zweifellos richtig die *Hybris*. Und mit der hellenistischen Literatursprache gaben dann die Jüngsten dem Wort *Injuria* die drei Bedeu-

1) Steht nicht l. 13 a. E.: κατ[υβρισάσης εἰς τοὺς] αὐτοῦ κατηγοροῦντας?

2) Vgl. Lipsius, attisches Recht 1, 423, 15 zu Lukian 14, 33f.

3) Vgl. auch ἐπ' ἀδικία καὶ βία, wie sonst ἐφ' ὑβρεὶ καὶ βίᾳ in der Inschrift von Samothrake Ditt. Syll. 190, 10 (3. Jahrhundert v. Chr.), ferner die ἀδικία in Ditt. Syll. 589, eine Stelle, die schon von den Herausgebern herangezogen wurde, endlich Xen. Cyropaed. 8, 1, wo die ἀδικία gegen die Menschen neben der ἀσεβεία gegen die Götter erwähnt wird.

4) Inscr. v. Magnesia (ed. E. Kern) No. 93, 23. 26. Dazu meine Schriftformel S. 36f. In P. Hal. 1 l. 193 sind die ἀδίκηματα εἰς τὸ σῶμα auch Injurienhandlungen.

tungen: 1. Injuria gleich ὕβρις, contumelia, 2. Injuria gleich ἀδίκημα, culpa, 3. Injuria gleich ἀδικία, iniquitas, iniustitia.<sup>1)</sup> Aber wenn hier die Verfeinerung der Begriffsbildung bei der Vergleichung römischer Juristenbegriffe mit dem Sprachgebrauche griechischer Philosophen und Rhetoren die Nüancen unterschied, braucht man darum nicht zu verkennen<sup>2)</sup>, daß hier die Mannigfaltigkeit der griechischen Dialekte notwendig einen Formenreichtum in der griechischen Rechtsterminologie erzeugte, in welchem sicher die beiden Worte ὕβρις und ἀδικία, vielleicht auch ἀδίκημα einst Worte für denselben Begriff in den verschiedenen Rechten gewesen sein mögen. Inwiefern schon heute das Material der Dialektinschriften uns für diese Frage schärfere Resultate ergeben kann, vermochte ich in der Kürze der Zeit noch nicht festzustellen.

Der sachliche Inhalt des Textes ist von den Herausgebern gewürdigt: er klingt ans alte Gesetz des Pittakos an, daß den in der Trunkenheit Handelnden für seine Delikte doppelt schwer haften ließ. Unattisches Gesetzesrecht, zweifellos! Aber da die Trunkenheit bei dem öffentlichen Aufzuge als Strafschärfungsgrund in Attika bei der Strafbemessung in dem richterlichen Spruche zur Geltung gebracht wird<sup>3)</sup>, und da ferner der attische Redner bei der Darstellung einer Prügelei es ausdrücklich hervorhebt, daß der Angreifer „bei Nacht betrunken“<sup>4)</sup> oder auf dem Markte betrunken<sup>5)</sup> gewesen sei, so ist es klar, daß das alte Gesetz des Pittakos auch in Attika wenigstens den Rechtsanschauungen nicht widersprochen hätte. Vielleicht geben diese Rednerstellen, auf welche die Herausgeber anscheinend keinen Wert legten, aber auch eine Andeutung für die sachliche Auffassung des alexandrinischen Gesetzes. Die Herausgeber glauben, eine Aufzählung selbständiger Strafschärfungsgründe vor sich zu sehen: Trunkenheit, Nachtzeit, Begehung im Heiligtum oder auf dem offenen Markte sollen allgemeine Strafschärfungsgründe für die Injuria sein. Da-

1) Sicher ergänzt durch Inst. 4, 4 pr.

2) Gegen Hitzig, Zeitschr. Sav. St. 28, 252, 1.

3) Dem. dem. or. 21, 180. Durch die Bemerkung eines von mir hochverehrten Gelehrten werde ich darauf aufmerksam, daß diese Auffassung für den Nicht-Juristen nicht ohne weiteres verständlich ist, zweifellos heißt es in der Stelle, daß der Rausch im allgemeinen straffausschließend oder strafmildernd wirkt. Aber aus der Tatbestandserzählung ist doch ganz deutlich zu sehen, daß der Vorwand, der Täter sei betrunken gewesen, nichts half, wenn die Tat als Hybris bei dem Festzuge begangen war.

4) Lys. or 3, 6, vgl. auch Lys., fr. 75 (or. CXIX κατὰ Τεισίλου (60)) § 4. ἤδη συνοκτάζοντος § 5. μεθύων: es ist klar, daß der Beklagte sich damit herausredet, daß der geschlagene Junge zu ihm νύκτωρ μεθύων gekommen sei, und die Haustür erbrochen und die Bewohner geschmäht habe.

5) Dem. or. 54, 7. 8: περικατοῦντος . . . ἐσπέρας ἐν ἀγορᾷ μου . . . πάρερχεται Κτησίας ὁ υἱὸς ὁ τοῦτου, μεθύων, . . .

bei ist nur seltsam, daß als Rubrik steht *μεθύοντος ἀδικιῶν*, als handle es sich in der ganzen Bestimmung nur um den Betrunkenen. Auch der Satzbau legt diese Auffassung fast näher; man würde ein deutliches *ἢ* vor *μεθύων* erwarten<sup>1)</sup>, wenn die Herausgeber Recht haben sollten. Außerdem ist sachlich sehr seltsam, daß jede in der Nacht erfolgte *injuria* schon wegen der Nachtzeit zu schwererer Haftung führen sollte. Ich übersehe dabei durchaus nicht, daß natürlich bei nächtlichem Diebstahl einerseits Strafschärfungsgründe bei der Strafverfolgung und andererseits Ausschluß der Rechtswidrigkeit bei der Tötung und Körperverletzung gegen den Dieb mannigfach nachweisbar sind. Auch für die nächtlichen *βλαία* muß Ähnliches gegolten haben, vgl. Anaxim. rhet. (ed. Spengel S. 94). Aber bei den Beleidigungshandlungen liegt die Sache doch ganz anders. Man wird gegenüber dem Kommentar der Herausgeber (S. 114) mit dem Urteil zurückhalten müssen. Es kann den Worten nach ebensowohl eine Aufzählung von allgemeinen Schärfungsgründen sein: Trunkenheit, Begehung zur Nachtzeit, am heiligen Orte, auf dem Markt — und dann wäre allerdings die Ähnlichkeit mit dem Gesetze des Pittakos vollständig; es ist hier ebenso möglich, daß wir es mit einer Strafschärfung zu tun haben, die nur die Nachtschwärmerei Trunkener und öffentliches Ärgernis erregende Trunkenheit trifft, nicht die Trunkenheit als solche. — Dann wäre Trunkenheit bei Tage kein Strafschärfungsgrund. Ich glaube, daß das Letztere die Wahrheit treffen wird.

Besondere Aufmerksamkeit verdient die Behandlung des Sklavendelicts bei der *Injuria*. Der P. Hal. 1 bietet hierfür zwei Bestimmungen:

1. S. 188ff. Bei der Bedrohung mit gefährlichem Werkzeug steht eine Bestimmung, die sich vielleicht noch auf andere Tatbestände mitbezog (oben S. 55): der Sklave als Täter soll mit mindestens 100 Peitschenhieben bedacht werden, oder der Eigentümer soll die Strafe, die den Freien im gleichen Falle träfe, doppelt zahlen, wenn er im Noxalprozeß unterliegt.

2. S. 196ff. Bei der *δίκη πληγῶν* (oder *αἰνίας*): wenn der Sklave schlug, soll er entweder nicht weniger als 100 Hiebe bekommen oder der Eigentümer soll das Doppelte der Strafe, die den Freien träfe, erlegen. So, wenn er anerkennt. Läßt er's zum Prozesse kommen, ohne die Auspeitschung zu gestatten, so soll der Kläger den Antrag in der Klagschrift auf 100 Drachmen für einen Schlag stellen, das Dreifache dieses Betrages soll ohne Möglichkeit der Schätzung der Kläger zahlen. Für mehrere Hiebe, die der Sklave versetzt, schätzt der Kläger den Schaden, findet dann das Gericht seinerseits eine Schätzung, und diesen Schaden zahlt

1) Der Raum für *ἢ* wäre ja noch da, wie Wilcken mich aufmerksam macht.  
Archiv f. Papyrusforschung VI. 1/2.



der beklagte Eigentümer mit Strafbzuschlag wegen Prozeßverlust. Die Herausgeber haben hier die Folgerungen dargelegt, die sich fürs alexandrinische Prozeßrecht ergeben: daß der Kläger genau wie in Attika sein *τίμημα* der Klagschrift beifügt, daß dieses *τίμημα* nur die Berechnung des Schadens des Klägers enthält, während die Zahlungspflicht aus dem Urteil kraft Gesetzes das Mehrfache der im Urteil zugesprochenen Urteilssumme betragen kann. Etwas bedenklich ist die Sicherheit, die aus dem neuen Texte dafür gewonnen wird, daß die Alexandriner keine Gegen-schätzung des Beklagten gekannt hätten. Diese brauchte hier keineswegs erwähnt zu werden, wenn einmal fest stand, daß das Gericht auch bei den hier genannten *ἀγῶνες τιμητοί* nicht ans *τίμημα* des Klägers gebunden war.

Das gesamte griechische Noxalrecht rückt durch diese Bestimmungen in ein neues Licht. Die Herausgeber haben diese Bestimmungen des P. Hal. 1 kurzweg mit P. Lille 29 verglichen und einzelne Bestimmungen aus der inschriftlichen und literarischen Überlieferung herangezogen. Dabei kommt etwas zu kurz, was das wichtigste Ergebnis für Alexandrien und überhaupt fürs griechische Recht ist: für jeden Tatbestand ist das Noxalrecht besonders normiert; für den Fall der Drohung ist die Urteilsfolge im Noxalprozeß eine ganz andere als im Fall der *αἰκία*. Wir alle haben diese Tatsache bisher nicht genügend als Möglichkeit in Erwägung gezogen. Die Herausgeber vergleichen heute noch die Ordnung in P. Lille 29 mit der in P. Hal. 1 und kommen, weil verschiedene juristische Sanktionen vorliegen, notwendig zu dem Schlusse, daß es sich hier um Fragmente aus verschiedenen Rechtsordnungen handeln müsse. Dieses Ergebnis wird richtig sein, weil Wortformen und Rechtstermini zu differieren scheinen. Aber der Grund, den die Herausgeber anführen, ist schief: der P. Lille 29 ist nicht vergleichbar, weil er sachlich ja ganz anderes als die Noxalbestimmungen des P. Hal. 1 enthält: diese geben nur die Noxalfolgen bei einzelnen Deliktstatbeständen an, ohne sich auf die Prozeßfrage einzulassen; das Fragment in P. Lille 29 aber behandelt ja nicht den Fall der Bedrohung, den Fall der Prügelei, den Fall des Diebstahls oder der Sachbeschädigung, sondern es spricht schlechthin von Sklavendelikten (*ἀδικήματα*), schließt also Spezialbestimmungen für einzelne Delikte gar nicht aus. Und es enthält Prozeßrecht, Verfahrensnormen über Verfahrensarten: wenn gegen den Sklaven suo nomine geklagt wird, wenn der Sklave im Prozesse als Zeuge in Betracht kommt, das Verfahren, das der Kläger gegen den Eigentümer des Sklaven beobachten muß, gegen den er vorgehen will: — das Verfahren bei einer Noxalklage, bei welcher der Eigentümer des Beklagten Sklaven als befehlgebender Alleintäter, der mit dem Sklaven als Werkzeug handelt, oder als

Anstifter in Anspruch genommen wird. Daher finden sich in P. Lille 29 auch Kostenbestimmungen, Verweisungen auf Vollstreckungsordnungen, während der P. Hal. 1 nur Tatbestände und privatrechtliche Sanktionen gibt. Vielleicht liegen hier Fragmente von Rechtsordnungen vor, die nicht nur lokal, sondern auch nach der juristischen Theorie der Rechtsquelle ganz verschieden waren: im P. Hal. 1 wahrscheinlich ein Stück des πολιτικός νόμος, im P. Lille 29 ein Stück Gerichtsordnung oder Prozeßgesetz, Verfahrensnorm für den Gerichtsbeamten und für das Gericht. Der Nichtjurist mag sich den Unterschied verständlich machen, indem er den Titel de noxalibus actionibus des Ediktes und seine Regeln übers Noxalverfahren (Lenel Ed.<sup>2</sup> 154f.) mit der Anführung der einzelnen Noxalformeln zu den verschiedenen Titeln des Ediktes vergleicht (Lenel Ed.<sup>2</sup> 194. 319. 388).

Es wäre ganz gut denkbar, daß auch in Alexandrien die allgemeine Regel bei den Noxalklagen dahin gegangen wäre, daß nur die noxae datio die Preisgabe des Eigentums am Sklaven befreit, während bei der injuria die bloße Hergabe zur Züchtigung genügte. Nicht anders ist es ja später in der justinianischen Ordnung geworden, wo allerdings neben der noxae datio das verberandum exhibere bei Justinian im Zivilprozeß selbst erscheint, während sonst die Noxalklage nur die noxae datio kennt.<sup>1)</sup> Auch bei Plato in den leges befreit im Fall der δίκη τραυμάτων nur die Preisgabe (IX p. 879 A.), für die αἰκία des Sklaven aber ist hier (p. 882 A.) nur die Auspeitschung vorgesehen, mit einer Maßgabe, die wenig nach einem geschichtlichen Vorbilde aussieht und von den Herausgebern auch entsprechend gewürdigt ist. Der athenische Rechtszustand ist nicht scharf festzustellen.<sup>2)</sup> Aber die vorhandenen Nachrichten würden zu einer ähnlichen Rechtsgestaltung passen. Als Prinzip steht auch dort fest, daß einerseits der Sklave für seine Delikte (ἀδικήματα) mit dem Körper haftet<sup>3)</sup>, daß

1) Vgl. die Interpolation in D. 47, 10, 17, 4 (Seckel, Handlexikon s. v. Satisfacere p. 527 Segrè, Mél. Girard S. A. p. 58 Anm.) mit der bloßen noxae datio bei der actio legis Aquiliae, actio furti, actio doli. Die Herausgeber nehmen mit der bis vor kurzem noch herrschend gewesenen Lehre an, daß die Auslieferung zur Auspeitschung auch schon dem klassischen römischen Rechtszustande neben der litis aestimatio und der noxae datio im Formularprozeß als Inhalt einer Formel angehört habe, vgl. so noch Lenel, Ed.<sup>2</sup> 388. Girard, Mélanges Gérardin 263, n. 5. Aber die Erkenntnis, daß überhaupt kein echtes Zeugnis für die klassische Auspeitschung im noxalen Zivilprozeß aufgrund einer litis contestatio besteht, verbreitet sich heute. Vgl. die oben Genannten und Beseler Beiträge 1, 29 Anm. Als man in Byzanz die Auspeitschung in den Noxalprozeß wegen Sklaveninjuria hineinarbeitete, mögen die klassische Praxis in der extraordinaria cognitio, die dunkle Ediktsklausel D. 47, 10, 17, 5 und vielleicht hellenistische Rechtsgedanken maßgebend gewesen sein.

2) Griech. Bürgerschafts. 1. 138, 1.

3) Dem. or. 22, 55.

5\*

andererseits der Eigentümer für die magistratischen Bußen (*ξημιαί*) und die gesetzlichen Delikte (*ἀδικήματα*) haftbar ist.<sup>1)</sup> Auf *noxae datio* scheint die Grammatikerstelle Bekk. Anek. 1, 187 zu deuten, die schon an anderer Stelle in diesen Zusammenhang gestellt ist.<sup>2)</sup> Von Auspeitschung mit 50 Hieben redet das Gesetz bei Aeschin. or. 1, 139, das mit Recht von den Herausgebern zum *Hybrisrecht* verglichen wird. Die Herausgeber haben auch durch eine einleuchtende Konjektur das verstümmelte Gesetz bei Lysias or. 10, 19 in den Zusammenhang des attischen Noxalrechtes gezogen. Das ergäbe hypothetisch folgendes Bild des Rechtszustandes: im allgemeinen gilt bei den Delikten (*ἀδικήματα*) der Sklaven die Wahl des Herrn zwischen *noxae datio* und *litis aestimatio*, wobei wahrscheinlich für die *δίκη βλάβης*, aber auch wohl sonst der Eigentümer, der den Sklaven behält, im Falle, wo er prozessual unterliegt, das Doppelte der Urteilssumme zu zahlen hätte. Bei *Hybrisdelikten* tritt wahrscheinlich die Auslieferung zur Geißelung an die Stelle der *noxae datio*. Dazu würde unverkennbar auch die Ordnung im Sakralstatut von Andania (Ditt. Syll. 653, 75 f.) stimmen, wo nur mehr die *noxae datio* zur bloßen Abarbeitung der Diebstahlsbuße erfolgt. Andererseits würde es zu der Behandlung der Injurienfälle stimmen, daß auch bei der Übertretung der polizeilichen Vorschriften in Tempelbezirken und Städten<sup>3)</sup> die Auslieferung zur Geißelung, vor welcher der Eigentümer durch Bußzahlung bewahren kann, öfters nachweisbar ist.

Für das Noxalrecht tritt die Eigenart der griechischen Rechtsordnung auch in P. Hal. 1 sehr deutlich hervor. Es gibt zunächst keine andere als Noxalhaftung für Sklaven<sup>4)</sup>; die Preisgabe des Sohnes scheint dem griechischen Rechte mit dem ganzen Institut der väterlichen Gewalt fremd gewesen zu sein. Rechtlich ist die Noxalhaftung nicht wesentlich anders als in Rom behandelt. Zunächst haftet, wie es Dem. or. 22, 55 auch gesagt ist, der Sklave mit dem Körper. Das wird in P. Hal. 1 dadurch deutlich, daß in den Gesetzesstellen immer zuerst die leibliche Haftung des Unfreien, dann erst die Möglichkeit der Bußzahlung erwähnt ist. Der Eigentümer hat nur Ablösungsbefugnis, wie es auch bei Hyperides

1) Hyper. or. 5, 22, col. 10: ἀ(δικήματ)α, nicht ἀ(μαρτήματ)α. (Weil) oder ἀ(ναλώματ)α (Blaß) wie ich noch Bürgschaftsrecht 1, 136, 1 glaubte, wird zu lesen sein.

2) griech. Bürgschafts. I, 92.

3) Bankgesetz von Mylasa Ditt. Or. gr. n. 515, 29 f. — Lampadedromien von Syros Ditt. Syll. 680, 4 f. — Athen Ditt. Syl. 500 (320 a. c.) 40 f. wo die Ablösungsbefugnis des Herrn wohl in der Lücke in l. 42 ausfiel. Anscheinend ohne Ablösungsbefugnis die attische Polizeiordnung vom Apolloheiligtum Ditt. Syll. 568, 9 f.

4) Nichts dagegen beweist die Tatsache, daß in Gortyn der Gläubiger für den *κατακείμενος* haftbar gemacht wird.

heißt, daß er die ἀδικήματα „durch Komposition“ löse (διαλύειν = Vergleich schließen). Auch im P. Hal. 1 l. 198 zahlt der Eigentümer „für den Sklaven“, also ist der Unfreie als eigentlich zahlungspflichtiger gedacht. Durch die Rechtsvergleichung wird dabei die Frage interessant, durch welche Handlung der Eigentümer seine eigene Verpflichtung begründet. Durch einfaches Weiterbehalten des Delinquenten in seiner Hausgemeinschaft? — Offenbar nicht! Oder durch einfache außergerichtliche Weigerung, die Auslieferung, das παραδιδόναι, vorzunehmen? — Das wird jedenfalls in vielen Rechten der Zustand gewesen sein, denn sonst könnte nicht in Andania, in Syros, bei Plato (leg. IX p. 877 A) die Haftung des Herrn nur daran geknüpft sein, daß er „nicht den Sklaven übergibt“. Aber das alexandrinische Recht scheint, wenn ich's recht verstehe, anderes zu kennen. Gerade wie im klassischen römischen Recht ist der zweifellose Regelfall der Selbstverpflichtung des Eigentümers durch den Prozeßbeginn gegeben. Es ist dafür bezeichnend, daß im Fall der Bedrohung nur davon gesprochen wird, daß der Eigentümer im Wege des Prozesses die Buße aufs Doppelte des Normalsatzes schuldig wird. Für den Fall der αἰκία ist besonders geschieden: Erstens das Anerkenntnis (ἐὰν ὁ ὁμολογήῃ) — also einerseits das außergerichtliche wie die confessio in iure vor dem Beamten, bevor die δίκη „geschrieben“, das Gericht ausgelost ist. — Zweitens die Bestreitung im Prozesse für den Sklaven. Man kommt zur Frage, ob diese verschiedene Behandlung der beiden Fälle bei der Bedrohung und dem rechtswidrigen Schlage eine absichtliche ist. Braucht im ersten Falle der Bedrohte sich nicht auf eine außergerichtliche Abfindung einzulassen? — Wenn hier kein Zufall der Redaktion vorliegt, könnte dieses ausschließliche Abstellen auf die prozessuale Feststellung der Buße des Herrn eben damit zusammenhängen, daß im Noxalrecht noch lange der alte Gedanke der Lösung von Haftung lebendig war: es gibt für die Rechte, in denen diese Form des Noxalhaftungsrechtes galt, wahrscheinlich keinen auf Sklaven anwendbaren festen Geldstrafentarif, nach dem der Herr auf außergerichtliche Anforderung der Buße bezahlen könnte, um den Sklaven auszulösen — sondern es bedarf hier des Prozesses, weil der Rechtsgang allein dazu führen kann, eine Geldschuld des haftenden Eigentümers zu fixieren und dem Eigentümer das Recht zu geben, den Sklaven um den so bestimmten Betrag auszulösen. Die außergerichtliche Lösung des Sklaven durch Vergleich kann also nur als vertraglicher Verzicht auf die Rache aufgefaßt worden sein. Nur für einzelne Fälle wird dieses alte System, das ja auch in Rom anscheinend in der klassischen Zeit noch in Geltung ist, durch den festen Tarif durchbrochen, nach welchem der Eigentümer auch ohne Rechtsgang einen bestimmten Betrag als Buße für den Sklaven erlegen kann und das Recht darauf hat, daß sich der Geschädigte auch

außergerichtlich auf die Zahlung der Buße einläßt. Wenn diese Erwägung, die heute allerdings durch andere griechische Quellen wohl nicht gestützt werden kann, richtig ist, tritt das Noxalsystem des Stadtrechtes, aus dem diese Regeln des P. Hal. 1 entnommen sind, in sehr merkwürdigen Gegensatz zu denjenigen Stammesrechten, die von jeher mit festen Bußentartungen für den Sklaven arbeiten. Es ist ja bekannt, daß in Gortyn der Sklave überall im Bußentartung miterwähnt wird, und im dorischen Andania findet sich in der Bestimmung übers Noxalrecht auch ganz anderes als in dem P. Hal. I. Da heißt es: der Sklave soll ausgepeitscht werden und doppelt den gestohlenen Wert ersetzen. In Andania ist der Sklave selbst Bußschuldner, in Alexandrien nur ein Racheobjekt, das ausgelöst werden kann. Der Unterschied würde mit der verschiedenen Behandlung der Rechtsfähigkeit des Sklaven zusammenhängen. Es ist ja sicher, daß die absolute Unfähigkeit der Sklaven, nach zivilem Recht behandelt zu werden, in griechischen Rechten vielfach durchbrochen war, vgl. Bürgerschaftsr. 1, 138.

Durch die Möglichkeit der gerichtlichen Auslösung der Sklaven aus der leiblichen Haftung besteht für den Eigentümer dieselbe Alternative wie im römischen Noxalrechte: entweder ausliefern oder selbst Buße zahlen; nur daß die Auslieferung in den alexandrinischen Injurienfällen ausschließlich zur Peitschung geschieht. Es ist nicht aus den alexandrinischen Rechtssätzen klar, ob der Eigentümer mit dem Prozeßbeginn im Lösungsverfahren das Recht zur Preisgabe des Sklaven verlor<sup>1)</sup> oder ob der Eigentümer noch nach dem Urteil auf die Buße den Sklaven zur Peitschung ausliefern kann. Man könnte glauben, daß angesichts des Sachverhältnisses, angesichts der ähnlichen Überlieferung in P. Lille 29, II 28 ... endlich angesichts der römischen Parallele auch noch nach Prozeßbeginn und auch noch nach dem Urteil der Eigentümer sich durch Auslieferung des Sklaven von eigener Haftung befreien kann. Die inschriftlichen Quellen legen allerdings anderes nahe: „Wenn er den Sklaven nicht übergibt“, soll er haftbar sein aufs Doppelte (Andania, Syros, ähnlich Plato, Leg. IX, p. 879 b). Aber schon oben wurde ja angedeutet, daß in diesen Quellen ein anderer, den germanischen Rechten näher stehender Rechtszustand vorliegt, nach welchem schon die bloße außergerichtliche Weigerung auszuliefern, nicht erst die Einlassung auf den Prozeß und das Urteil die Bußzahlungspflicht des Herrn begründet. In jenen griechischen Rechten könnte der Gedanke zugrunde gelegen haben, daß der Herr durch die Weigerung auszuliefern dem Geschädigten das Racheobjekt vorenthält und aus diesem Grunde selbst Schadenbuße schuldig wird. Übrigens ist auch

1) So die Herausgeber S. 112.

für diese Rechtssätze nicht ganz sicher, daß nach ihnen nicht prozessuale Bestimmungen bestanden, welche dem Eigentümer auch nach seiner anfänglichen Weigerung auszuliefern, noch die Preisgabe gestatteten. Bei Plato in den *leges* scheint das allerdings nicht der Fall zu sein, sondern die Weigerung auszuliefern die endgültige Haftung des Herrn zu begründen.

Die Herausgeber sind bei Gelegenheit der alexandrinischen Noxalhaftung erneut auf P. Lille 29 eingegangen mit Erörterungen, die vielfach nicht genügend die sachlichen Unterschiede zwischen P. Lille 29 und P. Hal. 1 in Rechnung stellen. Sicherlich zutreffend ist die Betonung (Seite 112) des Unterschiedes, der in der Rechtsstellung des Sklaven nach P. Lille 29 und nach P. Hal. 1 besteht. Nach P. Lille 29 gibt es ebenso wie in Athen<sup>1)</sup> die Möglichkeit, gegen den Sklaven selbst zu klagen, als wäre er ein Freier. In P. Hal. 1 ist daran anscheinend, wie eben ausgeführt, gar nicht gedacht. Sondern dort kommt es zum Prozesse immer nur mit dem Herrn, es ist infolgedessen auch wohl nicht möglich, daß in Alexandria der Eigentümer Gerichtsgebühren für den selbst prozeßfähigen Sklaven zu zahlen hat.

In einer anderen Beziehung ist mir die Gegenüberstellung, welche die Herausgeber begründen, bedenklich: soweit sie die alexandrinische Auspeitschung zur *noxae datio* in P. Lille 29 in Gegensatz stellen, wurde oben (S. 66) schon das Nötige bemerkt. Aber außerdem meinen die Herausgeber, daß in P. Hal. 1 der Prozeß und die Bußenschätzung nur dann erfolgt, wenn der Dominus die Auslieferung zur Peitschung verweigert, so daß nachher keine *noxae datio* mehr möglich sei, während sie in P. Lille 29 auch nach dem Urteil noch möglich sei. Diese Auffassung ist für P. Hal. 1 wahrscheinlich irrig, wenn auch darüber mit voller Sicherheit noch nicht geurteilt werden kann (Seite 70). Endlich ist, was P. Lille 29 anlangt, die Meinung der Herausgeber nicht juristisch scharf genug formuliert. Sie scheinen der Meinung zu sein, daß der Prozeß, der in Kol. 2 in Frage steht, der allgemeine Noxalprozeß mit dem einfachen Tatbestande ist, daß der Sklave delinquent hat und der Eigentümer wegen des Sklavendelikts haftbar gemacht wird. Wenigstens deutet darauf der Schluß, den die Herausgeber aus der Befugnis zur Auslieferung für den Fall unternehmen, daß der Herr als Mitwisser wegen des Sklavendelikts verurteilt wird (Seite 112 oben, Seite 112 Anmerkung), ferner die Fragestellung, die sie aus Lille 29 für den P. Hal. 1 zu gewinnen suchen, ob auch in P. Hal. 1 das Wissen in Betracht kam. (S. 114). Diese Auffassung mutet aber dem P. Lille 29 einen Tatbestand zu, der gar nicht vorgelegen zu haben braucht und zudem meines Erachtens nach den erhaltenen Zeilenresten durchaus

1) Vgl. Griech. Bürgschaftsrecht 1, 135, N. 10.

unwahrscheinlich ist. Wer behauptete, daß der Sklave etwas begangen habe, behauptete nicht notwendig, daß der Eigentümer damit einverstanden sei oder davon wisse. Es ist ganz unwahrscheinlich, daß nach dem Rechte, von dem P. Lille 29 ein Fragment ist, in jedem Sklavenprozeß gegen den Herrn die Frage nach der Mitwisserschaft oder der Anstiftung des Herrn hineingezogen wurde. Ebenso wie die germanischen<sup>1)</sup>, wie die römischen Quellen müssen notwendig hellenistische Rechte den Fall, daß der Sklave mit Wissen oder Willen des Herrn handelte, und den Fall, daß der Herr nur als Eigentümer in Anspruch genommen wurde, prozessual scharf geschieden haben. Der Fall, den Papyros Lille 29 bespricht, ist eben ein besonderer. Das folgt schon aus dem *προσγράφεσθαι* in Zeile 7 in Kol. II. Dieses „Hinzuschreiben“ wird sich natürlich auf das *dicam scribere*, *δίκην γράφεσθαι*, das *ἔγκλημα* beziehen. Dabei wurde im gegebenen Falle der Herr „hinzugeschrieben“, wohl doch nur, weil der Prozeß mit dem besonderen Tatbestand vorlag, daß der Herr vom Kläger als Anstifter, Mitwisser oder Alleintäter wegen Befehlserteilung hingestellt war. Es ist meines Erachtens eine Ergänzung möglich, welche dieser Auffassung gut entspricht.<sup>2)</sup>

1) Gierke Schuld und Haftung S. 16, 1.

2) Ich versuche die Ergänzung wesentlich anders als Haussoullier (Rev. de phil. 1910, 127 ff.):

Kol. II l. 7.

προσγραφείσθω αὐτῷ ἐγκαλεῖν]  
κατὰ τὸν νόμον. Κἂν ὁμολογήῃ]  
πρασέσθω τὸν κύριον τὰ ἐπι-]  
10 γραφέντα ἐπίτιμα ἀπλᾶ. Ἐάν δ’]  
ἀμφισβητῇ, ἀπολογείσθω]  
ὃ μὴ κελύοντο[ς αὐτοῦ μη-]  
δὲ εἰδότης τὸ [ἀνδράποδον]  
ἀδικῆσαι. ἐάν δ[ὲ διαγνωσθῇ]  
15 τὸ δικαίως ποιῆσαι τὸν δοῦλ-]  
[ον] .. ρον ..... [ ]  
Ἐάν δὲ κελύοντο[ς τοῦ κυρίου]  
[ἦ καὶ εἰδότης τοῦ κυρίου δια-]  
γνωσθῇ ἐκ δίκης ὁ δοῦλος]  
20 ἀδικῆσαι, τὴν ζημίαν τὴν]  
καταδικασθῆσαν ἐγ[γυάτω]  
ὁ ὀφλὼν καὶ προσ[αποτινέτω]

τὸ πέμπτον μέρ[ος τῆς ζημίας]  
τῆς καταδικασ[θείσης τῷ]  
25 ἀντιδίκῳ κατὰ [τὸν νόμον. Ἐάν δ’]  
ὃ τι ἀμφισβητήσῃ, ἐκ δίκης δια-]  
γνωσθῇ μὴ εἰδότης αὐτοῦ ἢ μὴ]  
κελύοντος, ἐξ[έστω μὲν τῷ δ-]  
φλόντι τὴν δίκην [παραδόντι]  
30 τὸ ἀνδράποδον τ[ῷ καταδικα-]  
σαμένῳ ἐναντί[ον τῶν .. μο]  
φυλάκων ἀφείσθ[αι τῆς κατα-]  
δίκης. ὁ δὲ παραλ[αβὼν τὸ ἀνδρά-]  
ποδον μαστιγωσ[άτω μὴ ἔ-]  
35 λασσον ἐκατὸν π[ληγῶν καὶ]  
σιξάτο (l. τω) τὸ μέτ[ωπον ὡς τὰ δια]  
γράμματα ἀγορεύ[ει ...]  
rell.

l. 7. *ἐγκαλεῖν* vgl. Kol. I 23. Es ist das technische Wort für die klägerische Behauptung und *ἔγκλημα*, vgl. P. Hibeh n. 31, 8. 19. n. 96, 22. P. Petrie III 35a l. 15 (p. 74).

l. 10. *ἐπίτιμα*, vgl. meine Ausführung Arch. 5, 478; *ἐπίτιμον* ist die im *τίμημα* beantragte, daher „beigeschriebene“ Geldstrafe, vgl. *ἐπίτιμα* in P. Hal. 1, l. 208.

Kol. II, 8 f. war von dem Falle die Rede, daß der Herr anerkennt, und daher gegen ihn die Vollstreckung möglich ist; Zeile 10 f. war von dem Falle die Rede, daß der Herr bestreitet, den Befehl gegeben oder um die Handlung des Sklaven gewußt zu haben. Für diesen Fall gibt es drei Möglichkeiten: entweder wird entschieden, daß der Sklave überhaupt nicht rechtswidrig gehandelt habe (Z. 15 f.) oder der Eigentümer wird als Mitwisser verurteilt (Z. 17 ff.) oder endlich er wird von der Mitwisserschaft freigesprochen, haftet aber als Eigentümer (Z. 25 ff.). Im ersten Fall kam vielleicht eine Buße wegen frivoler Klageerhebung in Frage, die in der Lücke Zeile 16 verschwand. Im zweiten konnte von der noxae datio allerdings keine Rede sein; denn der Eigentümer haftete ja hier aus eigener Handlung und von dieser Haftung konnte ihn wohl die noxae datio ebensowenig befreien, wie nach klassischem römischem Rechte. Er haftet dann eben als Selbstschuldner, nicht noxal. Endlich im dritten Falle ist die Prozeßlage eigenartig. Der Eigentümer — gerade wie stets in Athen im Noxalprozeß — (Bürgschaftsr. 1, 135, 10) — muß zwar verurteilt werden, weil sein Sklave das Delikt begangen hat. Er ist daher *ὁφλὼν τὴν δίκην*. Aber er kann, weil er nicht selbst Täter ist, sich durch die Preisgebung befreien. Es ist klar, daß durch diese Bestimmung des Gesetzes noch gar nichts darüber ausgemacht wäre, ob der P. Lille 29 im allgemeinen für dasjenige Noxalrecht, auf dessen Boden er steht, es als Recht des Eigentümers kannte, sich auch nach dem Urteile noch durch Preisgebung der Noxalhaftung zu entziehen. Man möchte es gerne annehmen. Aber die Sicherheit dieses Schlusses

1. 11. *ἀπολογεῖσθω* ist nicht ganz sicher. Aber es lautet doch in P. Petrie 21 g (Mitteis, Chrest. 21) l. 31 die Erklärung des Beklagten anscheinend *βούλομαι ἀπολογεῖσθαι*. Bei Anax. *τεχν. ῥητ.* c 36 (rhet. gr. ed. Spengel, p. 91) und öfters ist *ἀπολογεῖσθαι* das technische Wort für die Verteidigung des Beklagten (vgl. auch *ἀπολογία* in P. Tor. 1, Kol. VII, l. 1. *προσάπελογίζετο* Kol. VI l. 1). Im Attischen ist dieses *ἀπολογεῖσθαι* die positive Erklärung, sich defendieren zu wollen, die der Beklagte auf das *ἔγκλημα* vor dem Gerichtsmagistrat abgibt (Meier-Schömann 919, Anm. 436). Wenn ein anderes Wort als *ἀπολογεῖσθω* im Text gestanden hätte, könnte es ein Terminus sein, der auch mit der geschriebenen Klage zu tun hat: *ἀντιγραφέσθω* (?) — Aber über solche andere Termini verlautete bisher in Ägypten wohl nichts.

1. 21. *ἐγ[ ]* ist die neuere Lesung Jouguets (bei Haussoullier a. O. p. 127, Anm. 1), die in der Chrestom. nicht aufgenommen ist. Da das *ἐγγραφέσθω* Haussoulliers nicht gerechtfertigt ist, bleibt m. E. das Wahrscheinlichste, daß hier eine Urteils-erfüllungsgarantie erwähnt war ähnlich der in P. Hal. Kol. I/II l. 76 f. Wie das verlorene Wort lautet, ist nicht sicher zu ermitteln. Vielleicht stand da: *ἐγ[γρ]ους δότω*] oder *ἐγ[γνάτω]*. Für *ἐγγνάτω* vgl. Gr. Bürgschaftsr. 1, 89 ff. 107 ff. In Ägypten ist es jetzt durch die neue Lesung Wilckens (Arch. 3, 519) zu P. Petrie 3, n. 69 a p. 195 auch belegt.



bleibt deswegen unmöglich, weil hier am Anfang des Prozesses es dem Herrn eben bestritten war, daß er nur als Eigentümer haftbar sein könne.

### V. Das Kalumnienrecht bei Klagen wegen Hybris.

Zu den Klagen über „tätliche Beleidigungen“ ziehen die Herausgeber das wichtige Fragment Kol. V, 115 ff. Ob mit Recht, kann sehr zweifelhaft sein. Es handelt sich einerseits um zwei Vorschriften über das, was die Römer im *contrarium iudicium* als Rechtsfolge kennen: für gewisse Klagen sowie für die *δίχη πληγῶν* soll der Abgewiesene ein Zehntel des Schätzungsantrages, den er selbst bezeichnet hatte, dem Beklagten schuldig werden, wenn er abgewiesen wird. Bei anderen Klagen, deren nähere Bezeichnung leider ganz verloren ging, soll der abgewiesene Kläger dem Beklagten ein Fünftel der Schätzung zahlen. Die Vollstreckung soll in beiden Fällen entweder der Vollstreckungsbeamte (*πράκτωρ*) oder der Gerichtsdienner (*ὑπηρέτης*) führen und zwar zunächst gegen das Vermögen, wenn es aber nicht ausreicht, gegen die Person des Schuldners. Daneben steht noch eine unten bei dem Prozeßrecht zu besprechende Bestimmung über prozessuale Behandlung von Klagen, die wegen denselben Tatsachen zwischen denselben beiden Parteien bei verschiedenen Gerichten anhängig werden sollen. In dieser zweiten Bestimmung ist wahrscheinlich der beherrschende Gesichtspunkt für die Vereinigung der zunächst disparat erscheinenden Gesetzesparagraphe in demselben Auszug und daher vielleicht auch in demselben Abschnitt des alexandrinischen Rechtes zu erkennen. Diese Bestimmungen über Calumnia und über Klage und Widerklage gehörten wohl alle zu einer prozessualen Ordnung über Klage und Widerklage. Allerdings liegt in der Bestimmung über die Ahndung der Calumnia keine besonders erhobene Widerklage vor. Es findet auch kein besonderer Spruch gegen den Kläger statt. Vielmehr treibt der Vollstreckungsbeamte kraft Gesetzes die Kalumnienbuße von einem Zehntel oder einem Fünftel ein, wenn der Kläger abgewiesen wird. Aber praktisch ähneln die Rechtsfolgen durchaus denen bei dem römischen *contrarium iudicium* der *actio injuriarum*: wenn dort der Kläger abgewiesen wird, erfolgt aufgrund der Prozeßformel und der vertraglichen Streitbefestigung über die *actio injuriarum* zugleich ein Spruch gegen den Kläger — auch auf ein Zehntel, das praktisch auch in Rom nach dem Antrag des Klägers berechnet worden sein wird. Ist es ein Zufall, daß auch das *contrarium iudicium* mit der Kalumnienklage auf ein Fünftel auch im prätorischen Edikte erscheint<sup>1)</sup>? Das alexandrinische Recht kannte die Kalumnienbuße auf

1) Gai 4, 177. Dazu vgl. meine demnächst in den Heidelberger Sitzungsber. erscheinende Abhandlung über das Edikt de negotiis gestis.

ein Zehntel gerade auch für die Hybrisklage wegen Schlägen. Die Herausgeber vermuten darnach, daß auch die anderen hier genannten Klagen Tatbestände des Hybrisrechtes betroffen hätten. Das kann richtig sein. Wenn vor den Worten ἡ πληγῶν ein . . . ας<sup>1)</sup> noch auf der Phototypie sichtbar wird, möchte man in die Lücke hinein phantasieren, κακηγορίας oder λοιδορίας. Aber besser wäre in l. 118 der Ergänzungsversuch der Herausgeber (vgl. S. 82) unterblieben, weil er wohl noch weniger Wert hat, als derjenige, den ich soeben andeutete: die Ergänzung αἰκ[ι]σμοῦ ist bedenklich, weil sie ein Wort zum Terminus prägt, das keinen spezifischen juristischen Sinn im System der attischen benannten Klagen hat und überhaupt als Name für einen gesetzlichen Tatbestand nicht nachgewiesen werden kann. αἰκισμός ist für Hesych nichts anderes als Auspeitschen, Schläge, fällt also schon unter die δίκη πληγῶν oder αλκίας, und mit literarischen Belegen wie Dem. or. 8, 51. Plut. de lib. educ. 12, p. 8 F. ist kaum etwas erwiesen. Ich würde vielmehr in anderer Richtung eine allerdings eben so unsichere Vermutung suchen. Vielleicht handelte es sich um eine Vorschrift des allgemeinen Kalumnienrechtes, die zunächst die schätzbaren, nachher die unschätzbaren Klagen betraf.<sup>2)</sup> Daß die Bestimmung jedenfalls eine weitere Bedeutung als nur für die Hybrisklagen hatte, scheint mir insbesondere aus der Tatsache zu folgen, daß sie im Zusammenhang mit den Bestimmungen über das Nachbarrecht abgeschrieben wurden, wenn auch anscheinend von anderer Hand, so doch auf demselben Blatte, das mit Kol. III und IV zusammengeklebt wurde, ehe noch Kol. IX geschrieben war. (Vgl. die Herausgeber S. 7.) Gleichviel, welches Anwendungsgebiet die Kalumnienbestimmung hat, ob sie sich speziell aufs Hybrisrecht bezog oder weitere Anwendung fand, — jedenfalls wissen wir durch sie, daß es noch andere Typen des Kalumnienrechtes gab, als die den römischen Rechtsbildungen der klassischen Zeit wesentlich fremderen griechischen, die wir sonst nachweisen können.

Die attische Epobelie bei den δίκαι χρηματικαί<sup>3)</sup>, die wohl als Klagen

1) Ich meinte . . . ας lesen zu können. Wissowa hatte auf Wilckens Bitte die Freundlichkeit, das Original einzusehen. Er schreibt nach Wilckens Mitteilung: „Für . . . ας bietet der Pap. keinen Anhalt. Die vor dem s erhaltenen ganz schwachen Spuren ließen sich allenfalls zu einem α ergänzen, aber auch zu allem möglichen anderen, von einem ι vor diesem ας ist absolut nichts zu sehen.“

2) l. 115. ἐὰν δέ τις γραψάμενος δίκην τιμῇ[τὸν ἢ . . . . .]ας ἢ πληγῶν . . . l. 117f. ὅσοι δ' ἂν γρ[αψάμενοι δίκην τιμῆματος ἐνθ[έ]σμων. Ich denke an lex. Seguer. 251, 31 Hesych ἐνθεσμος δίκη und ἐνθεσμος βλάβη. Ist das richtig, so wären die δίκη πληγῶν und die vorher genannte Klage aufgeführt, weil diese Klage selbst auch als ἀτίμητος im Gesetze stand, für den Fall, daß ein Schlag geführt war.

3) Die Zeugnisse der Grammatiker, welche von den δίκαι χρηματικαί als Anwendungsgebiet der ἐπωβελία sprechen (Etym. magn. v. ἐπωβελία, lex. Seguer. S. 255)

„auf Geld“ aufzufassen sind, ist ein Sechstel der Schätzung, welches der Kläger schuldig wurde, wenn er nicht einmal ein Fünftel der Richterstimmen für seinen Antrag erhielt. Daneben kennen wir aus dem griechischen Gesetzesrecht des 3. und 4. Jahrhunderts Ordnungen, welche dem Kläger den vollen Summenantrag, den er gestellt hatte, als Strafe wegen Kalumnia auferlegen.<sup>1)</sup> Bisher wußten wir nicht, daß auch die römische Kalumnienbuße der *contraria iudicia* einem hellenistischen Typus entspricht.

Die vorstehende Darstellung hat zu zeigen versucht, was einzelne Sätze der alexandrinischen Gesetzgebung für die Forschung bedeuten. In der Kürze war es nur möglich, einen kleinen Vorgeschmack davon zu geben, was die juristische Forschung aus den Zeilen des P. Hal. 1 noch erschließen kann. Wenn im nächsten Heft dieser Zeitschrift die Fortsetzung dieser Betrachtung erscheint, wird die Darstellung schon auf zahlreiche Vorarbeiten von Juristen verweisen können, da schon jetzt Äußerungen von Gradenwitz (Heidelberger Sitzungsberichte 1913) und Mario San Nicolò vorliegen (Arch. f. Kriminalanthropologie und Kriminalistik 1913, S. 342 ff.). Noch vor dem Abschluß des Druckes, zu spät für die Berücksichtigung im einzelnen, geht mir Wengers Besprechung in der Münchener Kritischen Vierteljahrsschrift zu. Dem Juristen wird die Arbeit an dem schönen Stücke durch die Grundlage leicht, welche Philologen und Historiker durch die Herstellung des Textes schufen. Sie kritisch zu würdigen, muß dem philologischen Fachmanne überlassen bleiben. Die Arbeit der Herausgeber zu loben, wäre in meinem Munde eine Anmaßung. In der Bewunderung für diese Gelehrtenarbeit vergessen wir Juristen fast den Gedanken, ob es nicht vielleicht angezeigt gewesen wäre, den Kommentar für die Nichtjuristen durch Mitarbeit eines Rechtshistorikers nutzbringender zu gestalten. Gerade die kleinen Schönheitsfehler, welche dem juristischen Kommentar anhaften, haben gezeigt, daß das wahre Heil für die Papyrusforschung nur in der Zusammenarbeit der Fachwissenschaften liegt.

Freiburg.

J. Partsch.

wurden bisher nur unsicher gedeutet, vgl. Meier-Schömann-Lipsius 2, 950. Aber man geht wohl nicht irre, wenn man die Zeugnisse der Grammatiker mit der hellenistischen Terminologie versteht, nach welcher die *δίκη χρηματική* privatrechtliche *causa pecuniaria* im Gegensatz zur Kriminalstrafe ist.

1) Inschr. von Erythrai bei Wilhelm, Jahreshefte des Österreichischen Archäologischen Institutes 1909, S. 126 ff. und das griechische Gesetz in Plautus' Persa v. 68 ff., dazu Hermes 45, 598 ff.